

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Von magischen und nüchternen Zeiten
 50 Jahre Peter Hammer Verlag
- 4** *Wolfgang Belitz*
Triple R: rassistisch – reaktionär – retro

SCHWERPUNKT: Stadtlöcher

Robert Bosshard

10 Assoziationen (verteilt auf den Seiten 5 – 19)

- 5** *Rolf Euler*
Am Rande von Löchern
- 7** *Paul Wagner*
Flächenschachereien in Marl – wie Öffentliche Hand und Wirtschaft zusammenarbeiten
- 8** *Paul Wagner*
Marl und die Seveso-III-Richtlinie
- 9** *Peter Strege*
Hecheln und Heucheln!
- 10** *Sebastian Müller*
Gibt's das? 47 Wohnungen seit 10 Jahren leer?
- 12** *Peter Strege*
Geisterhaus
- 13** *Susanne Loke*
Über einsames Sterben und unentdeckte Tode
- 14** *Ruth Becker*
Angsträum oder Gewaltraum?
- 15** *Wolfram Breger*
Gegen die Zusammenpferchung! –
 Flüchtlingsunterkünfte in Essen
- 16** *Bastian Pütter*
Vom Verteilen der Menschen im Raum
 Eine kleine Topografie der Stadt von unten
- 18** *Theo Deutinger*
Eine Entspannungsgeschichte

Menschenorte 30

- 20** *Peter Strege / Manfred Walz*
Autohof im Bachtal?

1WURF

- 21** *Ingeborg Poerschke*
Dorugu
 Eine Geschichte kehrt zurück.

Palästina

- 22** *Evelyn Hecht-Galinski – 06. April 2016*
Pflicht zum Widerspruch
 Wie ungehemmt die Hasbara Propaganda in deutschen Medien Platz findet
dazu
- 23** *Erich Fried*
Palästinensische Flüchtlinge

Impressum ...	Seite 19
Abo-Bestellschein ...	Seite 19
Literatur / Lesetipps / Links ...	Seiten 9, 14, 23
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 9
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Die Stadt von heute ist eines der Stadtlöcher. Denn diese „Löcher“ sind wahrscheinlich aufschlussreicher, interessanter und wahrer als die Stadtimages prägenden Bauten, Stadtteile, Hauptstraßen oder Flüsse. Das ist die Schlüsselthese der Redaktion, um Stadt und Stadtleben als zerbrechlichen oder vielfältig geschredderten Lebenszusammenhang zu beschreiben und zu begreifen, nicht nur in den Städten des Ruhrgebiets. Mit einem solchen Blick wird aufgegeben, dass eine einzelne Perspektive oder Geschichte jemals erzählen könnte, was eine Stadt ausmacht, da mögen sich Stadthistoriker, Stadtsoziologen und -ökonomien, Imageberater, Städtebauer und Architekten noch so sehr bemühen. Der deutlichste Ausdruck unserer Skepsis gegenüber einer eindimensionalen Erzählung oder gegenüber angeblich gesicherten Erkenntnissen und Wahrheiten über Städte sind die „Assoziationen“ von *Robert Bosshard*, die über den Schwerpunkt dieser **AMOS**-Ausgabe ausgestreut sind.

So sind die verschiedenen Stadtlöcher, deren Ränder *Rolf Euler* für dieses Heft in Recklinghausen entdeckt hat, nur ein Teil der Recklinghäuser Stadtrealität. Das wandernde Riesenstadtlöcher, das nach *Paul Wagner* der Chemiepark Marl schon immer produziert und die Marler Ratsmehrheit mitmacht und verharmlost, zeigt nur eine Seite der Stadt Marl, gegen die als Soft-Power-Stadtenwicklungen die Wiederbelebung der Scharoun-Schule zum musischen Zentrum und der Entwurf des Architekten und Städtebauers *Theo Deutinger* für die Verurwaldung des seit Jahren leer stehenden Hallenbads in Marl stehen. Ebenso wenig oder ebenso viel kennzeichnen die Geschichte von *Sebastian Müller* und das Foto und Gedicht von *Peter Strege* zu Schrotthochhäusern in Datteln und Dortmund die gesamte Realität dieser beiden Städte. Es wäre verfehlt, sie typisch für diese beiden Städte zu halten. Man sollte die Geschichten so lakonisch durchgehen lassen, wie sie sind. Lakonisch macht uns *Susanne Loke* auf spät entdeckte städtische Tote aufmerksam – ein Anzeichen für vereinsamende Gesellschafts- und Stadtstrukturen. *Wolfram Breger* skandalisiert die Flüchtlings-Wohnungspolitik der Stadt Essen.

Unbeachtet quasi unsichtbar und als Nutzer von Stadtlöchern überleben Arme und Wohnungslose in den Städten, berichtet *Bastian Pütter*. Leer stehende Immobilien sind brauchbar zum Besiedeln für Wohnungslose und wohnungslose Flüchtlinge. Wenn man es wirklich energisch will, lässt sich das tolerieren und legalisieren. Beispiele, sie widerständig, fantasievoll und fantastisch anzueignen und zum gesellschaftlich Besseren zu finanzieren, bleiben selten. Die Regel ist, dass Stadtlöcher Ziel ökonomischer Spekulation sind, einer mehr oder minder großen. Und *Ruth Becker* meint, nicht unbeachtete „Angsträume“ seien aus Frauensicht ein Problem. Es seien eher die gesellschaftlich unbeachteten „Gewalträume“. Die professionelle Immobilienökonomie ist freilich ein einziger frauenfeindlicher Raum. Frauen in Führungspositionen sind immer noch die Ausnahme in dieser Anpacker-Branche. Ihre Old-Boys-Networks sind hoffentlich bald eine kuriose Erinnerung an längst vergangene Zeiten.

Es grüßt **AMOS**.

Die nächste Ausgabe erscheint im September und hat den Schwerpunkt „Religions-Interessen“.

Hermann Schulz

Von magischen und nüchternen Zeiten

50 Jahre Peter Hammer Verlag

Nach einer alten Faustregel überleben neugegründete Verlage angeblich höchstens 7 bis 12 Jahre. In diesem Jahr hat der Wuppertaler Peter Hammer Verlag 50 Jahre hinter sich! Das ist angesichts der Anfänge in den 1960er Jahren und eines manchmal übertrieben engagierten Programms ein Wunder, das man feiern darf.

Als der bisherige Verlagsleiter Johannes Rau 1966 ganz in die Politik gehen und mich, seinen bisherigen Mitarbeiter, zum Nachfolger vorschlagen wollte, rief er im Dezember in einem Hotel gutbetuchte Freunde der Schülerbibelkreise (bisher Träger des Verlages) zusammen, um deren Meinung zu den Zukunftschancen zu hören: Drei Industrielle kamen, ein Rechtsanwalt und zwei Pastoren. Wir hatten als Tischvorlage alle Zahlen zusammengestellt.

Die Herren brauchten kaum zehn Minuten, um zu einem Ergebnis zu kommen; Textilfabrikant Hans Plutte: „Wenn noch Geld in der Portokasse ist, bezahlt hier den Kaffee. Dann aber sofort zum Amtsgericht, um Konkurs anzumelden!“ Zusätzlich demütigten uns die Herren, indem sie ihren Kaffee selbst bezahlten. Rau und ich schauten uns an. Was tun? „Wir machen weiter!“ Ohne lange Diskussionen.

Manches ist rechnerisch nicht möglich, aber funktioniert in der Praxis.

Es folgten tatsächlich schwierige Jahre, die aber zugleich nach außen hin den Eindruck ‚eines großen erfolgreichen Verlages‘ erweckten: Mit Ernesto Cardenal, Eduardo Galeano, Gioconda Belli wurden enorm erfolgreiche Autoren gewonnen, Martin Goldstein veröffentlichte „Anders als bei Schmetterlingen“ und das „Lexikon der Sexualität“, später erschien das viel beachtete „Zeig Mal!“ Auch an Auszeichnungen mangelte es nicht: ‚Schönstes Buch der Welt‘, mehrfach ‚Deutscher Jugendliteraturpreis‘, ‚Oldenburger Kinderbuchpreis‘, ‚Goldmedaille des deutschen Art-Director-Club‘, ‚Friedenspreis des deutschen Buchhandels‘ und eine Vielzahl weiterer öffentlicher Anerkennungen.

Nüchtern urteilte damals allerdings unser Steuerberater Jochen Stade: „Das Unternehmen ist kaum zu retten! Aber ich finde es gut, dass Sie weitermachen!“ Vor allem das Abenteuer „Nicaragua“ und seine Revolution kosteten über Monate die Arbeitskraft des Verlagsleiters, abgesehen von schwer verkäuflichen, aber sympathischen Publikationen, die dem Verlag zwar Ansehen brachten, aber auch zusätzliche Kosten.

Noch mehr Verluste brachte die Zusammenarbeit mit dem Burckhardthaus-Verlag in Gelnhausen: Diesen Partner hätten wir uns zur rechten Zeit kritischer ansehen sollen. Das Abenteuer endete mit einem ‚gerichtlichen Vergleich‘, also einer Anmeldung der Insolvenz. Die Entscheidung von Aufsichtsrat und Verlagsleitung, auch diese Hürde zu nehmen, entsprach nicht nur einer protestantischen Trothaltung: Wir dachten vor allem an die gefährdeten Rechte unserer Autoren aus den südlichen Kontinenten. Die zwei uns diktierten Jahre ‚unter Kontrolle‘ überstanden wir, weil die Gläubiger Vertrauen in das Unternehmen (und seine Leitung) hatten und weil es ein stabiles Netzwerk gab (Solidarische Kirche u.a.), das durch Ankäufe und Kredite die Bedrohung abfederte.

Nach der Trennung vom Burckhardthaus-Verlag und über-



Monika Bilstein und Hermann Schulz am Schluss der Buchmesse

standener Insolvenz ging es mit dem Verlag aufwärts. (Ein Versuch feindlicher Übernahme wurde damals abgeblockt.) Monika Bilstein begann in den wirren Zeiten als Mitarbeiterin für Verträge und Rechte, übernahm bald die Buchhaltung und war ein wichtiges Korrektiv für die Planungen; außerdem verstand sie mehr als ich vom Umgang mit Geld. Sie übernahm die Verlagsleitung, als ich mich 2001 frühpensionieren ließ. Mit großem Geschick verstärkte sie die erfolgreichen Programmteile (Kinder- und Jugendbuch) und ließ Vorsicht walten bei Theologie und Geschichte, der afrikanischen und lateinamerikanischen Literatur, ohne sie aufzugeben, oder bei neuen Abenteuern.

Über dreißig Jahre lang war ich mit Leidenschaft Verleger. Es bleiben für mich einige unvergessliche magische Momente: Die ersten Begegnungen mit Cardenal auf Solentiname, dann mit Galeano in einer Cafeteria in Costa Rica und mit Gioconda Belli am Flughafen von Managua, das Erlebnis der ärmlichen Hütte des schon verstorbenen Aniceti Kitereza auf Ukerewe, die Erinnerung an solidarische Rettungstatten von Klaus Lefringhausen und Erhard Eppler sowie an die Langmut eines Martin Goldstein und vieles mehr! Bleibende Freundschaften mit den Verlegerkollegen Christoph Links, Dietrich zu Klampen und Ludger Claßen und mit dem jüngst verstorbenen Filmemacher und Autor Werner Biermann, den ich schmerzlich vermisse – und es bleibt eine tiefe Dankbarkeit zu Freunden aus dem Aufsichtsrat: Johannes Schlingensiepen, Dieter Rosenkranz, Hanskarl Hoffmann, Barbara Hagedorn, Jürgen Reulecke, Hartmut Dreier, Paul-Gerhard Schoenborn, Einhard Schmidt-Kallert und Georg Leifels, der den Verlag einige Jahrzehnte treu begleitete; dazu gehören auch viele hier nicht genannte Freunde ‚am Wegrand‘ einer schwierigen, aber ungemein spannenden Wegstrecke.

Der Verlag schreibt heute schwarze Zahlen und ist konzerntfrei geblieben!

Hermann Schulz leitete von 1967 bis 2001 den Peter Hammer Verlag. Er lebt heute als Autor in Wuppertal. Gerade erschienen „Lady Happy und der Zauberer“ (Aladin Verlag, auch für Kinder ab 10); im August erscheint bei dtv/hanser die Weihnachtserzählung „Die Reise nach Ägypten“. Beide hardcover. Signierte Exemplare gern beim Autor: schulz-hermann@t-online.de

Wolfgang Belitz

Triple R: rassistisch – reaktionär – retro

Am 22. April 2016 fand auf dem Lindenplatz in unserer Stadt eine AfD-Kundgebung mit ca. 100 (!) Teilnehmern statt. 1.000 waren angekündigt. Über die Inhalte der gehaltenen Reden wusste die Lokalpresse nur zu berichten, dass Deutschland am Abgrund stehe durch die Schuld der Berufspolitiker, zu denen auch der Bürgermeister und der Landrat zählten, die nach der nächsten Wahl endlich auch wieder arbeiten gehen müssen wie das Volk.

Es gab gleichzeitig eine Gegendemonstration der Unnaer Antifa-United. Man wartete auf den Schweigemarsch der AfD durch die Stadt, der sehr lange auf sich warten ließ. Deshalb gingen die Gegendemonstranten dem Schweigemarsch schon einmal entgegen. Beim Aufeinandertreffen bildeten sie eine Sitzblockade und stoppten den Marsch der AfD. Die in großer Zahl erschienenen Polizisten waren so klug, in dieser Situation die Demonstration der AfD aufzulösen und zu beenden.

Zu einem Treffen auf dem Kirchplatz hatte der „Runde Tisch gegen Gewalt und Rassismus“ eingeladen. Hunderte Menschen, die einen Querschnitt der Unnaer Gesellschaft darstellten, waren gekommen, nicht um eine Gegendemonstration mit verschärften Argumenten abzuhalten, sondern um die bunte „Alternative für Unna“ abzubilden mit Grußworten, Gesprächen, Musik und anderen Formen der Kommunikation. Die erstmalige öffentliche Heimsuchung unserer Stadt durch die AfD war ein mächtiger Schlag ins Wasser.

Während ich diese Zeilen schreibe, läuft in Stuttgart der AfD-Parteitag zur Verabschiedung eines Grundsatzprogramms. Den 74-seitigen Programmentwurf, der dort zur Diskussion steht, habe ich mit einiger Überwindung ganz gelesen.

Dazu ein paar wenige Anmerkungen.

Die Partei beruft sich auf die „deutsche Leitkultur“, die sich aus drei Quellen speist: „erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt.“ Auf diesem Fundament und „in der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1899“ will die Partei die Verhältnisse in der Bundesrepublik von Grund auf verändern. Die Revolution von 1789, die die unaufgebbaren Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aller demokratischen Parteien in Deutschland zuerst formulierte, und die Revolution von 1918, die zur ersten praktizierten demokratischen Verfassung in Deutschland führte, gehören nicht zur Erinnerungskultur der AfD. Und so sieht das Grundsatzprogramm dann auch aus. Es ist ein Programm für einen konterrevolutionären Weg in die Vergangenheit, der über den Kampf gegen die „politische Klasse“ in Deutschland und deren „kleine machtvoll politische Führungsgruppe“ ans Ziel kommt.

Die AfD wird das Land am Abgrund mit ihren Forderungen und Volksentscheiden retten und erneuern. Ein Teil der Forderungen stammt aus dem Arsenal der neoliberalen Konterrevolution, der das Programm in weiten Teilen verpflichtet ist: Kampf gegen staatliche Herrschaft und Einflussnahme. Also Deregulierungen an allen Ecken und Enden und wo

immer nur möglich. Eher Vorsicht bei Privatisierungen, aber ungebremste Durchsetzung des Prinzips der „Subsidiarität“ gegen staatliche Omnipotenz. Abschaffung (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer) der Steuern. Von Armut und Reichtum, Gerechtigkeit und Solidarität ist keine Rede.

Wenn die Staatsmacht der „politischen Klasse“ abgebaut ist, wird ein neuer starker Staat durch die AfD installiert, um die Missstände und Fehlentwicklungen der Politik der „Blockparteien“ zu korrigieren. Es geht um nichts weniger als den „Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“. Hier treten dann zu den neoliberalen Maßnahmen zur Entmachtung des Staates und der Befreiung der Wirtschaft die ausländerfeindlichen und rassebezogenen Maßnahmen zur Sicherung des Fortbestandes der deutschen Nation. Aus der neoliberalen Konterrevolution wird die totale Konterrevolution.

Das zentrale Beispiel: Für den Fortbestand der Nation ist die „traditionelle Familie“ als „Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft“ das „Leitbild“ der Politik. Sie muss primär gefördert und begünstigt werden. Der politische Weg der AfD führt in die Welt der Dreißiger Jahre.

Es entsteht folgendes Szenario:

Die traditionelle Familie der Zukunft lebt eher auf dem Lande als in der Stadt. Sie besteht aus Vater, Mutter und 5 Kindern. Die Frau ist „Vollzeitmutter“ in der „Mehrkinderfamilie“ und trägt das Mutterkreuz. Die Kinderbetreuung ist eher privat als staatlich organisiert. Das Frauenbild der AfD gleicht dem Frauenbild Erdogans.

Mit staatlichen Darlehen kann ein angemessenes Wohneigentum geschaffen werden, „deren Schuldsomme sich mit jedem neugeborenen Kind vermindert.“ Die Kinder besuchen keine „nivellierende Einheitsschule“, sondern ein Leistungsinstitut mit starken MINT-Fächern ohne „Frühsexualisierung“ und „politische Indoktrination“. In der Garage des Hauses steht ein PKW oder SUV mit nach oben beliebigem CO₂-Ausstoß, da CO₂ nicht schädlich ist, sondern im Gegenteil das Wachstum der Pflanzen fördert und damit der Ernährung dient. Das Haus wird mit fossilen Brennstoffen geheizt. Weit und breit im Umkreis des Hauses und anderswo gibt es keine Windkraftanlagen mehr. Der Strom kommt aus den Kernkraftwerken: Die alten durften weiterlaufen und die neuen sind das Ergebnis neuerer Forschung. Die Energiewende wurde ein Opfer der Konterrevolution.

Die Geburtenrate hat sich drastisch erhöht. Das deutsche Volk wird wiederbelebt und ist wieder erstarkt, spricht deutsch und nicht englisch, geht in die Kirche und nicht in die Moschee, zahlt mit Reichsmark und nicht mit Euro, gerne auch in bar.

Es hat sich die natürliche Erkenntnis des bayerischen Bauern durchgesetzt, der einst dem ARD-Reporter zu verstehen gab: „Der Neger passt nicht nach Bayern“. Diese Aussage wurde sogleich vom Innenminister seiner Partei begrenzt mit dem mildernden Umstand: „Aber Roberto Blanco ist doch ein guter Neger.“ Alles wird gut!

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna

Rolf Euler

Am Rande von Löchern

I. Aleppo

Dazu Innenminister De Maiziere im April:
„Auch wenn wir jetzt einige Wochen ein
paar harte Bilder aushalten müssen,
unser Ansatz ist richtig.“

Und Bert Brecht:
„Was sind das für Zeiten, wo
Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist
weil es ein Schweigen über so viele
Untaten einschließt!“
(Svendborger Gedichte, An die Nachgeborenen)

aus Syrien



aus einem Waldstück in Recklinghausen

II. Sturmloch

Der Sturm Ela an Pfingsten 2014 hatte in Recklinghausen
allerhand Verwüstungen angerichtet. Neben vielen Straßen-
bäumen wurden auch mehrere Schneisen in kleinen Wäldern
umgelegt. Die Schäden im Hohenhorster Wald, zwischen Stuck-
busch und Katzenbusch und an der Siemensstraße waren
erheblich.

Sehr bald nach dem Sturm gab es bei allen Zuständigen
der Stadt und des Landes Überlegungen, wie die Schäden zu
beheben seien. Die Stadt sah sich nicht in der Lage, soviel
Geld zur Verfügung zu stellen, um alle Schäden durch Neu-

pflanzungen zu ersetzen.

Das betraf auch das Waldstück an der Siemensstraße. Es
ist umgeben von einem Gewerbegebiet, der Autobahn, der
ehemaligen Trabrennbahn sowie einigen Bürohäusern, dar-
unter der Landesanstalt für Ökologie. Es ist rund 4 Hektar
groß und fast alle großen Bäume stürzten um oder wurden
geknickt.

Dieses für das lokale Klima wichtige Wäldchen bleibt nun
erstmal mit den Sturmschäden fast unverändert erhalten. Nur
einige notwendige Sägearbeiten fanden statt. Auf Anregung
der Naturschutzakademie wird dieser Bereich als Sturmwald
bestehen bleiben und soll sich auf natürliche Weise regenerie-
ren. Die Idee ist, die Natur sich selbst neu entwickeln zu las-
sen, einen natürlichen Wald wieder erstehen zu lassen. Eine
Erläuterungstafel weist darauf hin, wie sich im Laufe der Zeit
ein relativ sturmfester Wald aus verschiedenen Gehölzen ent-
wickeln würde. Ein Bild zeigt, wie es dann an dieser Stelle in
rund hundert Jahren aussehen würde.

Während in diesem Frühjahr die ersten Neuanpflanzungen
an anderer Stelle der Stadt begonnen haben, bleibt also ein
„Loch“ im Stadtgrün erstmal erhalten. Es wird geplant, dort
einen Begehungspfad anzulegen, der im wilden Stamm- und
Gehölzgewirr einen Blick auf den natürlichen Regenerations-
prozess erlauben soll.

AMOS wird bei Gelegenheit den Fortschritt im Bild zei-
gen – sicher nicht mehr den in hundert Jahren ...



Glück gehabt: Der Blitz hatte eingeschlagen, das Bauernhaus brannte bis auf die Grundmauern aus. Die Frau und
eins ihrer Kinder vermochten sich zu retten, aber ihrem Mann krachte, als er das Baby nachholen wollte, das Dach
über dem Kopf zusammen. Ich muss knapp zehn Jahre alt gewesen sein, erinnere mich, wie wir gafften und standen. Es
hatte wie aus Kübeln gegossen. Die Frau, die ihrem Mann nachgehen wollte, wurde von Nachbarn festgehalten, unter
Tränen in die Arme genommen und ein Mantel wurde ihr umgehängt. Die Flucht war ihr gelungen.



aus der Innenstadt von Recklinghausen

III. Ladenloch

Wer Löcher in der Stadt sucht, wird bald fündig: Baulücken gibt es kaum, aber leere Geschäfte. Das ist sicher keine neue Entwicklung. Sie wurde eingeleitet von den Einkaufszentren vor den Toren der Städte. Sie wurde beschleunigt durch die immer billigere Massenproduktion von täglichen Gütern und die Konzentration im Lebensmittel- und Einzelhandel. Und sie wird erneut angeschoben durch die Eroberung der Innenstädte durch Arkaden, Passagen und Kaufpaläste, die gegründet werden von Finanzkonzernen, welche das Geld von institutionellen Anlegern und Pensionsfonds, Versicherungen und Banken in renditeträchtigere Bahnen lenken wollen.

In Recklinghausen ist das Palais Vest so ein Beispiel. Auf einem ehemaligen Innenstadtparkplatz und einem ehemaligen Einkaufszentrum für über 200 Millionen Euro errichtet, soll es die Kaufkraft der Umgebung aufnehmen.

Die dorthin umgezogenen Ketten wie H&M, Deichmann, C&A, Thalia und so weiter hinterlassen Leerstände dort, wo sie früher verteilt in der Stadt vorhanden waren. Dazu kommt als Folge der Krise des Karstadt-Konzerns, dass das Haus in Recklinghausen im ersten Halbjahr geschlossen wird – Ausverkauf ist seit Wochen angesagt und ein weiterer Leerstand nicht ausgeschlossen.

Die Zurichtung der Innenstädte auf den Konsum, auf immer schnelleren Vertrieb und Verschleiß von Kleidung, Gegenständen, sowie auf Essen und Trinken „to go“ an allen Ecken hat aber nicht nur eine wirtschaftliche Seite der Verlagerung von Klein auf Groß.

Es geht auch um die gesellschaftlichen Zustände im Leben der Städte. Zum Beispiel ist ein früher mögliches Miteinander von Wohnen und Arbeiten in der Stadt kaum möglich, weil die Mieten entsprechend gestiegen sind, und jeder Grundstückseigentümer Gewerbemieten für seine Immobilie verlangt, die für kleine Läden nicht mehr bezahlbar sind, erst recht nicht für Wohnraum.

Es gibt Bestrebungen, Leerstände zu verdecken, indem mal die eine oder andere Künstlerinitiative die Schaufenster schmücken darf. Es gab ein Kunstkaufhaus vor Weihnachten. Es gab Schulklassen, die für den Kunstunterricht Leerstand „bespielten“. Diese Initiativen jenseits der Ökonomie

versanden, wenn nicht eine soziale Bewegung zur Eroberung der Stadt anläuft. Wenn nicht Leben, Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Ausgehen im Nahbereich erobert wird. Wenn nicht öffentlich demonstriert wird, dass die Zurichtung der Innenstädte auf den Konsum, auf die Raumverschwendung keine soziale Perspektive ist. Auch keine ökonomische. Auch keine ökologische. Wo wächst die Freiheit, die früher für das Leben in der Stadt stand?



vom ehemaligen Schachtstandort des Bergwerks General Blumenthal

IV. Zechenloch

Da standen mal Fördergerüst, Schachthalle, Maschinenhäuser, Kauen und Verwaltungen über den Grubengebäude, das 4000 Menschen Arbeit unter Tage gab. Wir sehen nur noch die Sicherheitsabgasrohre, die in einem eingefriedeten Bereich aus dem „Deckel“ ragen, der vor Jahren auf den Pütt kam.

Unsere Stadt beherbergt über 20 dieser „Löcher“ von drei Schachtanlagen: „Clerget“, die später „Recklinghausen“ hieß, „König Ludwig“ und „General Blumenthal“.

Der ehemalige Schacht 6 von Blumenthal steht im Bereich der Abfallentsorgungs-Umladestelle. Der Geschichtskreis ließ eine Erinnerungstafel aufstellen. Aus dem hier abgeladenen „Müll“ stellten die Arbeiter der Umladestelle einige Andenken daneben auf. Viele fahren gedankenlos vorbei. Einige werden sich erinnern.

Löcher können eine Zumutung sein, über das, was dort fehlt, nachzudenken.

Manche Löcher werden mit Beton verfüllt. Aus einigen sprießt was Neues.

Ich erinnere das, was unter dem Loch war – viele lange, oft harte Schichten.

Und oberhalb des ehemaligen Schachtstandortes, auf den Dächern der Umladestelle, hat die Bürgersolargesellschaft eine Photovoltaikanlage errichtet. Von der Sonne zur Kohle (vor 350 Millionen Jahren) – jetzt zurück zur Sonne, die immer noch Energie für alle liefert.

Rolf Euler, viele Jahre auf, viele Schichten unter der Erde, viele gute Tage mit Menschen – seit 1968 auch mit AMOS.



Ortskenntnisse: Per Bus verfrachtet, verwirrt endlich angekommen, in zusammengewürfelten Grüppchen eingewiesen ... wohltuend, wenn die eigene Sprache noch jemanden anzusprechen vermochte, hie und da laute Stimmen, Kinderlachen. – Die Fremdheit, die einen nun einnimmt, ist blind. Ihre Wege sind Ausfallstrassen und ihre Orte Konsumgeschäfte ... aber wo ist die Haltestelle, um das Heimweh zu besänftigen; wo liegt der Platz, um in Anonymität die Eingeborenen einzuschätzen; wo leben die Armen, die zu einer gewissen Geborgenheit verhelfen?

Paul Wagner

Flächen-Schachereien in Marl – wie Öffentliche Hand und Wirtschaft zusammenarbeiten

Als durch eine Indiskretion die Absichten der Chemsite-Initiative an die Öffentlichkeit kamen, dass die nahe des Marler Chemie-Parks gelegene sogenannte Schlenke-Siedlung beseitigt werden sollte, wies die Marler Politik dieses Ansinnen empört zurück. Mit der hauchdünnen Mehrheit einer einzigen Stimme hatte der Marler Stadtrat eine ‚Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme‘ auf den Weg gebracht, deren Ziel keine Entwicklung, sondern die Beseitigung einer Wohnsiedlung war. Da es sich um eine Aktivität im Rahmen des Baugesetzes handelte, wurde die Maßnahme durch öffentliche Gelder finanziert; sie kostete den Steuerzahler ca. 6 Millionen D-Mark. Einige Jahre später war die Siedlung dem Erdboden gleichgemacht.

Tatsächlich ging es nämlich darum, Sicherheitsabstände zum Chemiepark herzustellen, um einerseits den Bestand der Anlagen zu sichern und andererseits deren Erweiterung und Ausbau zu ermöglichen. So verschwanden nicht nur – gegen den heftigen, aber vergeblichen Protest der Mieter und Eigentümer – die Gebäude der Siedlung, sondern auch deren Baumbestand. Im Ergebnis entstand eine unerschlossene Brachfläche. Damals hatte man noch keine Seveso III-Richtlinie, die heute für Abholzen und für Abstand rund um chemische Großbetriebe sorgt. Damit hätte man leichter und ohne Klimmzüge ein noch viel größeres Chemieloch in Marl kriegen und noch dazu einen Zaun darum herum bezahlt bekommen können (vgl. den anderen Beitrag von Paul Wagner in diesem Heft.)

Als der Marler Standortleiter des Chemiekonzerns erklärte, dass der Konzern nicht die Absicht habe, die Fläche für Neuansiedlungen zu erschließen, war das Entsetzen der Lokalpolitiker damals groß. Man appellierte an den Konzernchef; dieser ließ durch seinen Arbeitsdirektor nassforsch mitteilen, die „Erde habe sich weiter gedreht“, man investiere in andere Projekte in kostengünstigeren Ländern und erschließe so neue Märkte.

Ein weiteres und aktuelleres Kapitel für die Schachereien um Flächen ist in Marl mit dem ausgelaufenen Steinkohlebergbau aufgeschlagen worden. Bereits bei der Stilllegung der Förder- und Schachtanlagen 1/2 im Marler Stadtteil Hüls wurden Festsetzungen ‚Städtebaulicher Verträge‘ nicht eingehalten – dieses Mal durch die RAG, die ja bekanntlich zu demselben Konzern gehört wie das Marler Chemieunter-

nehmen. So wurde weder ein großer Teil der vorhandenen Bausubstanz erhalten, noch ist jemals auch nur ein einziger Betrieb eines sogenannten Handwerkerhofes geschaffen worden; die für Letzteren vorgesehene Fläche liegt seit langen Jahren als Brache da. Stattdessen wurden andere Flächenteile mit Wohnungen bebaut und höherwertig vermarktet.

Die neuerdings durch das endgültige Aus des Bergbaus entstandene Industriebrache in einem anderen Stadtteil Marls liegt unmittelbar neben dem Chemiepark und ist die Hoffnungsträgerin der Stadtoberen. Die „Neue Auguste Victoria“ soll entstehen mit mindestens 1.000 neuen Arbeitsplätzen als Ersatz für die im Bergbau weggefallenen. Die Vorarbeiten werden über eine sogenannte Machbarkeitsstudie abgewickelt, die zu 90% aus EU-Mitteln finanziert wird; die ersten beiden Zuweisungen von knapp 2 Millionen Euro sind bereits mit großem Tamtam vom NRW-Wirtschaftsminister überreicht worden. Im Zentrum werden Logistikunternehmen stehen, die dem Vernehmen nach wegen der günstigen Verkehrsanbindungen und der reichlich vorhandenen Arbeitslosen beste Bedingungen haben. Schon heute wird betont, dass Betriebsansiedlungen auf dem ehemaligen Zechengelände in einer Reihe von Bereichen an die Dekontaminierung der Böden gebunden sind. Diese wiederum sei nur mit öffentlichen Zuwendungen machbar, um die Grundstückspreise für die potentiellen Erwerber in einem zumutbaren Rahmen zu halten. Wie die „Neue Auguste Victoria“ am Ende aussehen wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Was sie die Steuerzahlenden schlussendlich gekostet haben wird, weiß man ebenfalls noch nicht. Und noch etwas kommt hinzu. Nach den schlechten Erfahrungen mit Schacht 1/2, vor allem aber mit der Westerweiterung und mit dem lapidaren Hinweis, die „Erde habe sich weiter gedreht“, keimt ein Verdacht auf: Sind die versprochenen Arbeitsplätze möglicherweise auch hier wiederum nur die halbe Wahrheit und geht es im Wesentlichen darum, öffentliche Mittel locker zu machen bei der Herstellung von „Abstandsflächen“ und günstigen Preisen bei der Vermarktung von Brachen? Macht Logistik überhaupt Stadt?

Paul Wagner, ehemals Lehrer, lebt in Marl im Unruhestand. 1978 war er Mitbegründer der Wählergemeinschaft Die Grünen Marl, die älter ist als die Grüne Partei. Aktiv u.a. auch in der Umwelt-, Anti-AKW- und Friedensbewegung. In Marl auch engagiert in „Agenda 21“ und „Pro Rathaus Marl“ (Bürgerinitiative für Erhalt und Sanierung des denkmalgeschützten Rathauses Marl der niederländischen Architekten Bakema/van den Broek aus den 1960er Jahren)

Das Handy: Damals, nachdem die Flucht zum Kampf geworden war, die Vermittler der Reise sich verdrückt hatten, die Familien auseinandergerissen wurden, viele der Gleichgesinnten verschüttgegangen waren, dann habe das Handy eine unerhörte Bedeutung gewonnen. Dank dem sei möglich geblieben, eine Richtung im Auge zu behalten, Bekannte und Verwandte weiterhin zu kontaktieren. Nur nicht stehen bleiben, nur nicht sich auffangen und einlagern lassen ... um jeden Preis Mitmenschen anpeilen.



Paul Wagner

Marl und die Seveso-III-Richtlinie

Als Stadt mit einer großen Industrie hat Marl es nicht leicht, Stadt zu sein, die etwas anderes ist als ein von Horizont zu Horizont aufgespanntes Industriegelände. Diese schmerzliche Erfahrung mussten die Marler wieder einmal Ende 2015 machen. Die sogenannte Seveso-Richtlinie, ein europäisches Gesetz, sorgte nun dafür. Sie fordert für die chemische Industrie, „zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen“ Abstand von anderer Bebauung zu halten. Seit Mai 2015 gilt ein Sicherheitsabstand von 1,5 Kilometer, gemessen vom Werkszaun aus. Praktisch ist es also nicht die Industrie, die auf Abstand geht, sondern die Stadtentwicklung, die für Abstand zur Industrie sorgen muss.

Die Marler Kommunalpolitiker fielen Ende 2015 aus allen Wolken, als der Regierungspräsident Münster die Baubehörde anwies, zwei schon sicher geglaubte Bauvorhaben zumindest einstweilen zu stoppen. Das eine Vorhaben war eins der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die dem Wunsch der politischen Vertretung der Stadt entsprechend auf einem freigezogenen Sportgelände Wohnungen für Flüchtlinge bauen wollte. Das andere Vorhaben, das bereits die politischen Gremien inklusive Änderung des Flächennutzungsplanes durchlaufen hatte, betraf den Bau einer Moschee auf einem ehemaligen Hundesportplatzgelände. Der Regierungspräsident bezog sich bei seiner Anweisung auf die sogenannte Seveso-Richtlinie, die mit ihrer seit dem 31. Mai 2015 in Deutschland geltenden 3. Fassung Regelungen „zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen“ enthält. Da es auf Bundesebene noch an Durchführungsbestimmungen im Rahmen der verpflichtenden Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht mangelt und die Stadt es bisher – ebenso wie der ortsansässige Chemie-Betrieb – versäumt hat, das Gefahrenpotenzial der diversen Betriebsanlagen gutachterlich feststellen zu lassen und entsprechende Abstandsregelungen zu definieren, gilt aktuell ein Sicherheitsabstand von 1,5 Kilometer, gemessen vom Werkszaun aus. Die geplanten Bauvorhaben liegen innerhalb dieser Abstände – und vorläufig auf Eis.

Wie eine Umsetzung der Richtlinie aussehen kann, ist am Beispiel der Stadt Leverkusen erkennbar. Erst werden nach einer gutachterlichen Einschätzung der notwendigen Abstandsregelungen Sicherheitszonen festgelegt, für die bestimmte Regeln gelten, die von den betroffenen Unternehmen bzw. von den betroffenen Bürgern beachtet werden müssen. Für die Marler Chemieanlagen wird die gutachterliche Einschätzung

durch den TÜV Nord im Sommer erwartet. Da es sich um Gebiete handelt, die außerhalb der Betriebsanlagen der Chemie liegen, müssen die Gemeinden als zuständige Behörden die in den einzelnen Zonen zu ergreifenden Maßnahmen festlegen und für deren Einhaltung sorgen. In der Regel sollte sich der Maßnahmenkatalog aus einem Dialog der Betriebe und der jeweils betroffenen Gemeinde ergeben, um Einsprüche bzw. Klageverfahren zu vermeiden. Interessant sind die Reaktionen von Verwaltung und Politik in Marl. Dazu muss man wissen, dass trotz oder vielleicht gerade wegen der im Stadtgebiet vorhandenen Chemiebetriebe das tatsächliche Bedrohungspotenzial nie wirklich thematisiert wurde. Insider aus dem Bereich der „Kommission für Anlagensicherheit“ (KAS), die auf Bundesebene agiert, sagen – bezogen auf die Marler Verhältnisse –, hier sei sowohl von der Chemie als auch von der Stadt ‚dauerhaft geschlafen‘ worden. Aus der Erfahrung mit den Marler Verhältnissen ist diese Auffassung aber wohl zu korrigieren: ‚Verschlafen‘ wurde eher wenig oder sogar gar nichts; vielmehr wurden die tatsächlichen Gefahren in gegenseitigem Einverständnis von Chemie und Stadt ‚unter der Decke‘, gehalten.

Als im Stadtplanungsausschuss nach dem Baustopp die Lage thematisiert wurde, hatte die Stadtspitze in Person des Bürgermeisters nichts Besseres zu tun, als die Konsequenzen von Seveso-III für die Stadt herunterzuspielen: Es werde sich nichts ändern. Eine Ausschusssitzung später hatten die politischen Vertreter aber wohl doch schon weitergedacht. Eine vorgesehene Flächennutzungsplanänderung in einem von der Chemie weit entfernten Stadtteil wurde vertagt mit dem Hinweis, man müsse über die Folgen der Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie nachdenken und möglicherweise größere Umplanungen im gesamten Stadtgebiet vornehmen. In der Konsequenz beantragten SPD- und CDU-Fraktion beim Anhörungsverfahren zum neu aufzustellenden Landesentwicklungsplan weitere Rücknahmen der landesplanerischen Vorgaben: Die kommunale Flächenplanung müsse den örtlichen Bedürfnissen angeglichen werden, was im Klartext bedeutet, dass die Kommune bei ihren Planungen wie bisher so auch weiterhin in die Freiräume hinein planen will, wenn sie es für notwendig hält. Einschränkungen im unmittelbaren Umfeld der Werksanlagen werden zu einem zusätzlichen Argument dafür, das Stadtgebiet immer weiterer Freiräume zu berauben.

Paul Wagner, s.S. 7



Unterricht: Ein Großteil der Bevölkerung, so sagt man, sei überdurchschnittlich alt und etwas nationalistisch geworden. Die Bankenkrise, so wird analysiert, habe dem Finanzkapital Allmacht verliehen. Die Rüstungsexporte, meint die Statistik, hätten anderswo verheerende Auswirkungen. Die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Basis habe die Kontrolle über ihre Funktionäre verloren. Sogar die Gewaltentrennung würde den Massenmedien anheimgestellt. – Also ist es an der Zeit, in Deutschstunden den Deutschen Fremdes beizubringen!!

Peter Strege

Hecheln und Heucheln.

Traurige Geborgenheit
du fieberst mich an.
Modert Eiter dir noch so aus dem Gefieder,
saugt mich in unauslotbare Tiefe,
das schillert und glänzt!
Reiche leisten sich Elend.
Andere leben Herbst.
Trost ist kein Ziel.
Abwenden stinkt.
Parasiten betören sich daran,
schinden mit Plastikkordeln dreckige Hälse.
Kein Lorbeer wächst in solchen Gassen.
Essigbäume verkrauten Trümmerdünen.
Ein Land, soweit wie der Segen,
den hier niemand auszusprechen wagt.

Peter Strege, seit '72 hier und schreibt, treibt sich rum, malt, denkt und bedankt sich beim AMOS fürs Mitmachen (dürfen): „Freien Gedanken Fluges lasse ich mir gerne durchs vorgegebene Thema ein wenig kanalisieren.“

Lesetipp

Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen
Hg. Ulrich Schneider

Westend Frankfurt/M 2015, ISBN 978-3-86489-114-4

Die regelmäßigen Armutsberichte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind ein ebenso regelmäßiger Stein des Anstoßes bei der Mainstream-Presse und der herrschenden Wirtschaftswissenschaft. Diese bezweifeln nicht nur die Zahlen, sondern vor allem die Wirklichkeit, die dahinter steht: die vorhandene Armut von mehreren Millionen Menschen in Deutschland.

Gegen diese Kampagnen haben der Vorsitzende des Paritätischen Ulrich Schneider sowie die Wissenschaftler Christoph Butterwegge, Friedhelm Hengsbach, Rudolf Martens und Stefan Sell ein Buch herausgegeben, das im ganz alltäglichen Sinn „Gerechtigkeit“ einfordert, mit allen bekannten Argumenten, wie der Inhumanität von Armut, Ungleichheit und Diskriminierung.

Dass „Armut“ nicht nur eine Frage des Geldes ist, wissen alle Beteiligten. Aber die Argumentation in dem Buch verteidigt den europaweit angewandten Begriff der „Armutsgefährdung“, wenn 60% des Durchschnittseinkommens unterschritten wird, und der „Armut“, wenn 50% nicht erreicht werden. Gegen das vielfach vorgetragene neoliberale Argument, hier muss niemand unter Brücken schlafen und wird immer noch satt, setzen sie die Realität der Lebenswirklichkeit der unteren Schichten.

Wer die Armut weg argumentiert, will vor allem den Skandal um Einkommen und Verteilung, die immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich vertuschen, um jede Umverteilungsdiskussion als „Neiddebatte“ zu diskreditieren.

Butterwegge unterteilt seinen Beitrag: „Verdrängungsmechanismen, Beschönigungsversuche, Entsorgungstechniken“. Hengsbach schreibt: „Armut wird gemacht – Das Versagen der politischen Klasse, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen“. Martens geht ausführlich auf die Entwicklung der Tafeln in Deutschland ein – was nichts anderes heißt als: auf die Entwicklung von Hunger.

Dass gute Argumente nicht reichen, wissen die Autoren seit Langem – danke, dass sie den Mut und die Ausdauer aufbringen, immer wieder dagegen anzuschreiben.

Rolf Euler

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Widersprüche 140

Politik des Sozialen und Religion

Ein ambivalentes Verhältnis

2016 - 142 Seiten - € 15,00

ISBN: 978-3-89691-010-3

Mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen Säkularisierungsthese und dem Bedeutungszuwachs der Religion in unserer Gesellschaft beschäftigt sich *Widersprüche 140* mit folgenden Fragen: „Gibt es eine Postsäkularisierung oder nur einen Diskurswandel, der Religion neu konstruiert?“ Aus einer (selbst)kritischen linken Perspektive: „Wie halten wir es mit der Religion?“. Und aus einer professionellen Sicht: „Soziale Arbeit und Religion – Herausforderungen und Erfahrungen“.

PROKLA 183

Ökonomie der Flucht und Migration

2016 - 162 Seiten - 14,00 €

ISBN: 978-3-89691-383-8

Als Gründe dafür, dass Menschen ihre Heimat verlassen, werden immer wieder Flucht vor Kriegen und katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse angegeben – im Einzelnen aber nicht weiter beleuchtet, da unterstellt wird, hierbei handele es sich um interne Probleme, mit denen die EU nichts zu tun habe. U. a. diesen Leerstellen widmet sich *PROKLA 183*. Konkret geht es um die Ursachen für Flucht oder Migration, die Organisation der Flucht bzw. Migration und die oftmals vergeblichen Bemühungen der Flüchtlinge und Migrant/innen, in den EU-Ländern die Möglichkeit für einen existenzsichernden Erwerb zu finden.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Sebastian Müller

Gibt's das? 47 Wohnungen seit 10 Jahren leer?

Es war ein ziemlicher Blödsinn, 1971 einen Privateigentümer am Südring 282 in Datteln einen zwölfstöckigen Wohnturm mit 47 Mietwohnungen bauen zu lassen. Die Lage war abscheulich: Vorn die dicht befahrene Bundesstraße B 235 und darum herum einige abgerockte kleine Wohnhäuser und in die Jahre gekommene Gewerbebauten. Die Strukturkrise und der Bevölkerungsschwund des Ruhrgebiets waren schon in den 1970ern recht gut entwickelt.

Der Absturz des Dattelner Wohnturms nimmt Fahrt auf

Darum legte der erste Eigentümer des Dattelner Wohnturms 1983 flott eine Insolvenz hin – sicher von seiner Bank aufgefordert, die wenigstens die Grundsumme des Baukredits wiedersehen wollte. Bei der Abwicklung der Insolvenz gingen die 47 Hochhauswohnungen einzeln – vermutlich für bescheidene Summen – über den Ladentisch. Ein kleinerer Dattelner Immobilien-Kaufmann wie Ralf Lomparski konnte sich 27 der 47 Wohnungen leisten, andere kauften nur eine. Alle griffen in der Meinung zu, das Investment ihres Lebens gemacht zu haben. Was für ein kapitaler Irrtum! Die große Sause für die Eigentümergemeinschaft Südring 282 dauerte nicht lange. Schon bei kleineren Reparaturen kam sie ins finanzielle Stottern, wusste man in Handwerkerkreisen. Und so kam der Dattelner Wohnturm mit Ralf Lomparski unter die „bad news“ in die Lokalzeitungen. 1991 riss ein Sturm zu allem Unglück große Stücke der Dämmung und Fassadenverkleidung vom Wohnturm ab. Für die notwendige Reparatur kam das Geld bei den Eigentümern nicht mehr zusammen. Die Stadt Datteln war gezwungen, den Rest der Fassadenverkleidung abzumontieren und sich das Geld dafür wer weiß woher zu holen. Die Reste der lockeren Fassadenverkleidung hätten beim möglichen Herunterfallen Menschen erschlagen oder verletzen und Autos demolieren können. Diese Gefahr musste die Stadt auf alle Fälle anstelle der Eigentümer beseitigen. „Ersatzvornahme“ nennt man so was. So fiel der verehrten Allgemeinheit in Datteln die Schrottimmobilie Südring 282 zum ersten Mal vor die Füße.

Es kommt zur Räumung am Dattelner Südring

2005 – 2006 häuften sich die finanziellen Probleme. Der Stadtverwaltung blieb Ralf Lomparski, der die Hausver-

waltung übernommen hatte, eine „mehrstellige Summe“ für Grundsteuern und Abwassergebühren schuldig. Dem Energieversorger E.on-Fernheizung bezahlte Ralf Lomparski im Jahr 2005 die Gebühren der Fernheizung im Wohnturm auch nicht mehr, nachdem er schon in den Vorjahren nur stets verzögert und in kleinen Beträgen hatte zahlen können. Etwa 8.500 Euro war er nun auch der E.on schuldig. Mahnungen blieben unerhört, eine vereinbarte Ratenzahlung für die Gebühren-

schulden an Stadt und E.on hielt er nicht ein. Deswegen stellte E.on die Heizung im Dezember 2005 für das ganze Hochhaus ab, dann auf Intervention des Dattelner Bürgermeisters wieder an. Denn noch lebten 50 Personen in dem Haus, darunter Familien mit Kindern. Alle lebten von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. E.on-Fernheizung kündigte nun den Wärmeliefervertrag, um schließlich im Juni 2006 die gesamte Heizungsanlage zu demon-

tieren. Auch die Stadtverwaltung Datteln begann die Geduld mit dem säumigen Schuldner Lomparski und seinen Mit-eigentümern zu verlieren.

Irgendwann in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 hatten wohl Bauamt und Rat der Stadt Datteln von den Faxen mit dem 12-Stock-Hochhaus am Südring genug. Sie wurden nun amtlich. Sie schickten im Oktober eine „Nutzungsuntersagung“ und eine „Unbewohnbarkeitserklärung“ nach § 8 Wohnungsaufsichtsgesetz NRW heraus und ließen den Wohnturm im November räumen. Treppenhaus und Flure wurden entrümpelt und versperrt. „Verfügungsberechtigte“ wie Ralf Lomparski und die „Bewohnerschaft“, also die Mieter, waren „verpflichtet“, die Räumung zu „dulden“ und den „Wohnraum vorübergehend oder dauernd zu räumen“ (§ 11,3 WAG). Seit



Fluchttorte: Überkommunal operierende Männergruppen aus der ersten Immigrantengeneration realisierten damals wilde Landnahmen, um hinter groben Bretterzäunen ihre chaotischen Nutzgärten verstecken zu können. Diese hatten die Funktion, den Frauen und Vorschulkindern, denen das Betreten des hiesigen öffentlichen Raums ungewohnt oder zu riskant erschien, eine beschützte Nachbarschaft zu garantieren. Genauso die abgedunkelten Ladenlokale der Männer. Aber bereits in der zweiten Generation waren diese absonderlichen Kultureinrichtungen überflüssig geworden.

dem November 2006 ist der Wohnturm in Datteln unbewohnt und unbewohnbar. Das Wohnungsaufsichtsgesetz NRW half festzustellen, dass es im Wohnturm „zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Gebrauchs zu Wohnzwecken“ gekommen war, wie es in schönem Juristendeutsch heißt, wogegen Datteln mit Ordnungsstrafen und bis zur „Nutzungsuntersagung“ und zur „Räumung“ der Wohnungen vorgehen konnte, weil die Eigentümer den „ordnungsgemäßen Gebrauch zu Wohnzwecken“ nicht gewährleisten konnten oder wollten.

Damit war dann aber auch Schluss mit den Zugriffsmöglichkeiten der Politik auf den Südring 282. Eine Enteignung zu Gunsten der Allgemeinheit oder neuer Eigentümer, die das Wohnen wieder möglich machen könnten, ist im Wohnungsaufsichtsgesetz nicht vorgesehen. Der Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes unserer Republik lautet zwar: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Aber eher nicht so sehr, wie wir wissen. Kein einziges Wohnungsaufsichtsgesetz in Deutschland sieht ein Enteignungsinstrument für solche Immobilien vor. So fiel dieses Hochhausgerippe der Stadt Datteln zum zweiten Mal vor die Füße, ohne dass an seinem desolaten Zustand etwas zu ändern gewesen wäre. Bereitschaft zur Aufgabe des Eigentums gab es bei den Eigentümern nie. Verhandlungen darüber blieben regelmäßig ergebnislos.

Wie die Geschichte weiterging

13 Jahre später hieß es in einem Prozessprotokoll, in dem es um Grundsteuerschulden von Ralf Lomparski in der Höhe von 17.000 Euro ging, die Eigentümer seien zum Teil nicht auffindbar: „Einer ist im serbischen Krieg verschollen, einer hat einen Vormund, zwei sind verstorben“, gab Lomparski zu Protokoll und er setzte den Richter mit dem Bekenntnis in Erstaunen, er habe weder Geld für fällige Brandschutzmaßnahmen noch für die Bezahlung der Grundsteuern: „Ich bin Hartz IV-Empfänger.“ Lomparski hatte nämlich Klage gegen die Stadt Datteln erhoben, seine Steuerschuld erlassen zu kriegen. Denn er habe ja seit 2006 seine Wohnungen nicht wirtschaftlich verwerten können, weil die Stadt Datteln den Wohnturm zugesperrt habe. Herr Lomparski bekam unglaublicherweise teilweise Recht und konnte einen Vergleich erreichen, mit dem ihm drei Viertel der Steuerschuld erlassen wurden. Statt mit 17.000 Euro Schulden an die Stadtkasse kam er mit einer Restschuld von 4.280 Euro aus dem Amtsgericht.

Danach versuchte sich kleines, vagabundierendes Privatkapital an dieser Immobilie, und das ging immer so: Es wurde eine GmbH gegründet, die mit großartigen, aber leeren Versprechungen über ein neues, großes Projekt Südring 282 antrat, sich als Kapitalsammelstelle anbot, dann die bekannten Eigentümer, natürlich auch Ralf Lomparski, und deren Gläubiger ins Boot zu holen versuchten, was regelmäßig scheiterte. Der Brocken, der da zu schlucken gewesen wäre, war zu

groß oder die Hoffnungen, doch noch einen Millionen-Deal im Grundstückverkauf hinzubekommen, zu irrsinnig oder die finanziellen Zumutungen für Datteln oder das Land NRW in Punkto Förderung des Projekts völlig unzumutbar. Eine Refinanzierung über den Kapitalmarkt war wegen des ins Bodenlose gesunkenen Werts des vernachlässigten Dattelner Wohnturms und der fehlenden Nachfrage nach Wohnungen nicht drin. Nachdem Kredite auf das eingesammelte Kapital aufgenommen, mit dem Geld anderer Leute eine Weile gespielt worden war und dann die Kreditzinsen nicht mehr bedient werden konnten oder wollten, war Insolvenz die Regel.

Als „Steuer Oase“ pries beispielsweise eine WEP (Wohnpark Emmerich GmbH) das heruntergekommene Hochhaus am Südring an. Ihr Geschäftsführer Heinz Evert „würde am liebsten sofort mit der Sanierung beginnen“, ließ er in der Recklinghäuser Zeitung berichten. „Aber zuvor muss die Stadt planen und der Rat entscheiden“, darüber nämlich, dass das Viertel rund um das Hochhaus zum Sanierungsgebiet erklärt wird. Als ob damit eine Gelddruckmaschine erfunden wäre! „Während die Staatsanwaltschaft in Bochum“, so berichtete dann die Marler Zeitung 2014, „ihre Ermittlungen gegen die insolvente Gesellschaft WEP ausgeweitet hat, schmiedete eine 2015 gegründete Renovita GmbH schon neue Pläne“ für den Wohnturm. Sie ist als Projektentwicklungs-GmbH unter Klaus Sonnabend, Dortmund, als Geschäftsführer in der Liste der Industrie- und Handelskammer wirklich eingetragen. Er behauptete in der Lokalpresse, alle 47 Wohnungen im Wohnturm Datteln instandsetzen und modernisieren zu wollen. Mit welchem Geld er das tun wollte, hat Klaus Sonnabend bisher nicht verraten.

Südring 282 kein Einzelfall

Die bekanntesten unbewohnten Häuser im Ruhrgebiet stehen heute in Dorsten-Barkenbergring und in Dortmund. Unter den 140 in Dortmund gezählten unbewohnten Häusern ragt die Kielstraße 26 mit 102 Wohnungen heraus. Ihre Geschichte ist der des Dattelner Turms ähnlich. Auch hier ist der Leerstand das Ergebnis einer gescheiterten klein-kleinen Privatisierung ehemaliger Sozialwohnungen. Die Mehrheit von Kleininvestoren hatte sich beim Wohnungskauf in diesem Hochhaus finanziell übernommen und war alsbald insolvent. 2002 ließ die Stadt Dortmund den Dortmunder Turm räumen und zumauern. Seitdem sucht sie die alten Eigentümer in der halben Welt, um sie zu einem öffentlich-rechtlich tragbaren Kaufpreis zu überreden. Das hat noch immer nicht geklappt. So schaut's aus.

Sebastian Müller, Jg. 1940, ist an der Fakultät Raumplanung, TU-Dortmund, zum Soziologen für Stadtentwicklung geworden. Wundert sich immer, welche horrenden Fehlentwicklungen Stadtpolitik gelegentlich anstößt, in denen sich Stadtgesellschaften unaufgeregt irgendwie und irgendwann einrichten. Ermutigt zu Aufregung, recherchiert und schreibt dazu

Börsen: Gegenüber dem Haupteingang zu den Ladenlokalen unter den Gleisen des Hauptbahnhofs hat sich auf dem Zubringerparkplatz eine neue Geschäftigkeit ergeben: Ein recht kostbarer PKW kommt wie auf Kommando angefahren und zieht zehn bis zwanzig Personen ans heruntergelassene Fahrerfenster. Man weiß, es geht um Wohnungsvermittlung, ums Verteilen von Gelegenheitsjobs, um Tauschgeschäfte. – Im quer gegenüber postierten Polizeiauto werden Autonummern aufgeschrieben. Man ist daran interessiert, den Markt zu begreifen.





Punkthochhaus Kielstraße 26 in Dortmund-Nord, Erstbezug 1969, 1993 Umwandlung in Eigentumswohnungen. Seit 2002 zugemauert und wartet auf Abriss zur Herstellung einer Grünanlage.

langzeitleerstand, geisterhaus.

wohnen nicht erlaubt. abriß wegen ungeklärter eigentumsverhältnisse nicht möglich.
selbst als unterkunft für nichtshabende kaum tauglich.

einsturzgefährdete brandschatzimmobilie!

niemand würdigt das kunstwerk, solange die stadtgesellschaft ohne scham bleibt.

Susanne Loke

Über einsames Sterben und unentdeckte Tode –

Bericht aus einem laufenden Forschungszusammenhang

Mitunter finden sich in den Medien Berichte von Menschen, welche erst Wochen, Monate oder gar Jahre nach ihrem physischen Tod aufgefunden wurden. Die meisten dieser „unentdeckten“ bzw. einsamen Todesfälle ereignen sich im Verborgenen, werden der Öffentlichkeit gar nicht bekannt. Berufsgruppen, die mit diesen Verstorbenen – direkt oder indirekt – in Berührung kommen, sind Polizisten, Bestatter, (Gerichts-)Mediziner, Verwaltungskräfte des Ordnungs- und Sozialamtes und auch Pfarrer. In ihrer Wahrnehmung handelt es sich um ein Phänomen mit wachsender Bedeutung, das heißt, die Anzahl der Menschen, welche sozial isoliert versterben und deren Tod von ihren Mitmenschen (lange) unbemerkt bleibt, nimmt zu.

Da diese Todesfälle statistisch nicht gesondert erfasst werden (obwohl dies ohne großen Aufwand möglich wäre), liegen derzeit für keine Kommune Daten vor, wie viele Menschen jedes Jahr sozial unbeachtet versterben und wie sich die Anzahl dieser Todesfälle im Verlauf entwickelt hat.

Zumindest im deutschsprachigen Raum gibt es keine spezifische Forschung zur Thematik einsamer Tode. Die eigene Annäherung an die Thematik erfolgte 2013 über ein Lehrforschungsprojekt der Ev. Fachhochschule in Bochum, setzte sich durch eine Feld- und Fallstudie zu zwei einsamen Todesfällen im Rahmen der Masterthesis fort und soll zukünftig in der Promotion erfolgen.

Folgende Hinweise liegen bislang vor: Hinsichtlich der Personengruppe der einsam Verstorbenen zeigt die statistische Auswertung von 59 Bestattungsdokumenten aus einem Zeitraum von 22 Monaten in Gelsenkirchen eine eindeutige Dominanz der Männer (75% der Fälle) und eine mit knapp 60 Jahren weit unterdurchschnittliche Lebenserwartung der Verstorbenen. Die Zusammenschau aller Daten deutet auf zwei Gruppen: einerseits auf ledige Männer mittleren Alters und andererseits auf verwitwete bzw. geschiedene Frauen mittleren und höheren Lebensalters.

Die statistische Auswertung weist auch auf eine tendenzielle Häufung der Todesfälle in bestimmten Stadtteilen Gelsenkirchens. Interessanterweise belegt die Sozialraumanalyse für diese Ortsteile uneinheitliche Sozialstrukturen und deutet damit sowohl auf „Problemviertel“ als auch auf ein beliebtes Wohngebiet. Das Risiko einsamer Tode besteht sowohl in einem sogenannten „sozialen Brennpunkt“ als auch in einem sozial bevorzugten Wohngebiet.

Daher folgte die weitere Untersuchung der Thematik einsamer Tode aus der spezifischen Perspektive des Sozialraums. Die gesellschaftlichen, sozialen und räumlichen Bedingungen, welche hier Exklusionsprozesse beeinflussen, sollten erforscht werden. Die empirische Erhebung richtete sich auf zwei einsame Tode: Einerseits auf einen alleinstehenden 61-jährigen Mann aus Schalke Nord, welcher drei Monate nach seinem Versterben aufgefunden wurde, und andererseits auf eine verwitwete 87-jährige Frau aus Buer, deren Tod vier Monate „unentdeckt“ blieb.

Der persönliche Hintergrund unterschied sich; ebenso verhielt es sich mit dem Wohnumfeld: in Buer erschien dieses ruhig, beschaulich und gepflegt, in Schalke Nord dagegen laut, schmutzig und durch „Verfall“ gekennzeichnet.

Die Untersuchungsergebnisse belegten jedoch für diese augenscheinlich und in der statistischen Analyse so konträren Räume zahlreiche gemeinsame exklusionsförderliche Faktoren. So war die Mieterstruktur in den Wohnhäusern und im Wohnumfeld der beiden Verstorbenen durch eine problematische Sozialstruktur (Überalterung in Buer vs. soziale Zergliederung in Schalke Nord) wie auch durch Instabilität und damit einhergehend durch eine hohe Anonymität gekennzeichnet. Außerdem bot die unzureichende Infrastruktur des sozialen Nahraums der Bevölkerung keine angemessenen Begegnungs- und Betätigungsmöglichkeiten wie auch keine nahen Versorgungsmöglichkeiten. Schließlich fehlten im Wohnumfeld (geeignete) soziale Unterstützungsangebote, zumal die kirchliche Seelsorge und Gemeindegarbeit erheblich ausgedünnt worden waren.

An beiden Orten verhinderten die räumlichen, sozialen und infrastrukturellen Bedingungen Begegnungen und bewirkten den Rückzug der Bevölkerung aus dem öffentlichen Raum. Die Auswirkungen auf ressourcenarme Bevölkerungsgruppen sind dabei besonders gravierend. Wenn diese unzureichenden individuellen und sozialräumlichen Ressourcen nicht durch die gesellschaftlichen Institutionen ergänzt werden und die Menschen sich selbst überlassen bleiben, schreiten die sozialen Exklusionsprozesse in diesen „Stadtlöchern“ immer weiter voran.

Einsame Tode sind ein Zeichen für diese sozialen (Fehl-)Entwicklungen.

Susanne Loke, Jg. 1964, lebt und arbeitet im Ruhrgebiet und beschäftigt sich seit 2013 mit dem Phänomen unentdeckt Verstorbener.

Siedlungsbau: Das innerstädtische Dauercamping in der Art von Armuts- und Alkoholikerreservaten sind Fluchtorte aus überintegrierten Milieus. Auch die Wohncontainer für Studenten, Bau- und Saisonarbeiter, für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten und vor Naturkatastrophen, sie alle sind taxiert und installiert als Provisorien. Ob das so richtig gesehen wird ... oder sollten der zum Nomadisieren gezwungenen Stadtbevölkerung besser beständige und Eigenverantwortlichkeit ermöglichende Lebensarchitekturen vorgehalten werden?



Ruth Becker

Angstraum oder Gewaltraum?

Welch ein Fortschritt! Nicht viel mehr als 40 Jahre nachdem Feministinnen im Zuge ihrer Skandalisierung der alltäglichen Gewalt gegen Frauen die eigentlich selbstverständliche Tatsache „Nein heißt Nein!“ zu einem ihrer Slogans erhoben haben, legt der Justizminister eine Gesetzesnovelle zur Verschärfung des Sexualstrafrechts vor, in der ... Nein, so weit geht der Gesetzesvorschlag nun doch nicht, dass ein bloßes „Nein“ ausreichen soll, um ein Nichteinverständnis wirksam auszudrücken. Aber immerhin, auch wenn eine Frau sich nicht körperlich wehrt (und es gibt viele Gründe dafür, das im Falle einer Vergewaltigung nicht zu tun), sollen die Gerichte, im Gegensatz zur bisher weithin geübten Praxis, eine Vergewaltigung als eine solche werten können.

Zwar war die Gesetzesänderung schon im Koalitionsvertrag eingeplant, die Tatsache, dass sie nun tatsächlich vorgelegt und das Gesetz möglicherweise sogar mit einigen Nachbesserungen bald verabschiedet wird, „verdanken“ wir aber nicht zuletzt der sogenannten „Kölner Sylvesternacht“, nach der, so meinen viele, die bundesrepublikanische Gesellschaft endlich „aufgewacht“ und sexualisierte Gewalt gegen Frauen nicht mehr hinzunehmen bereit ist.

Doch ist das wirklich so? Ist die fortdauernde Empörung in Medien und Politik gegen die „Ereignisse in Köln“ (und anderswo) wirklich Ausdruck der längst überfälligen Akzeptanz der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen in allen Lebenslagen?

Dazu eine kleine Geschichte: Vor wenigen Wochen berichtete der WDR über eine Frau in einer Flüchtlingsunterkunft, die nach ihrer Beschwerde über sexuelle Übergriffe eines Mitbewohners zwangsweise in eine andere Unterkunft mit einem nur durch Vorhänge abgetrennten Kabuff (!) verlegt und dabei von dem mit der Verlegung beauftragten Polizisten (!) zu Boden geworfen und ins Auto gezerrt wurde, was nur durch ein heimlich aufgenommenes Handyvideo bekannt wurde. Was lernen wir daraus? Die mühsam erkämpfte Regelung, Gewalttäter zumindest zeitweise aus der Wohnung zu weisen, gilt nicht für schutzsuchende Flüchtlingsfrauen und die Polizei verhält sich wie gewohnt – zeigt Stärke, wo sie sich überlegen fühlt und zieht sich zurück, wenn's brenzlig zu werden droht.

Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun? Und ob! Schauen wir uns doch mal die Beteiligten an: In Köln bedrohten (so zumindest die Story, und allein auf diese kommt es an) muslimische Migranten deutsche Frauen. Das war eine nicht hinnehmbare Anmaßung, ein Vergehen gegen das 10. Gebot: „Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Weib, Knecht, Magd ...“. Es mag durchaus sein, dass viele dieses Gebot nicht mehr kennen, die in diesem Gebot implizierte Vorstellung, die Frau gehöre „ihrem“ Mann, ist in unserer Gesellschaft immer noch tief verwurzelt. Wie sonst wäre es zu erklären, dass nach wie vor Gewalt gegen Frauen vor allem im öffentlichen Raum imaginiert und dort die „Ang-

sträume“ von Frauen vermutet werden, während der private Raum, die Wohnung, als „Schutzraum“ gilt, obwohl Frauen um ein vielfaches häufiger dort Gewalt erfahren? Warum ist die Aufregung über die Übergriffe in Köln so hoch, während die alltägliche Gewalt gegen Frauen im Privaten weiterhin als unvermeidlicher Kollateralschaden heterosexuellen Zusammenlebens hingenommen wird?

Dem Phänomen (sexualisierter) Gewalt näher kommen wir, wenn wir nicht die Angst (der Frauen) in den Blick nehmen, sondern die Gewalt der Männer und uns fragen: Was ermutigt potenzielle Täter Gewalt auszuüben? Wie wäre es mit dem Aspekt: Gewalt findet dort statt, wo sich Täter (im Vergleich zum Opfer) als mächtig, als Herrscher fühlen. Mit einem solchen Konzept wird vieles erklärbar: Die Gewalt amerikanischer Polizisten gegen Schwarze, die Gewalt von Rassisten in der S-Bahn, die Mollis von Neonazis gegen Flüchtlingsunterkünfte, die Übergriffe von Sicherheitspersonal und Polizisten gegen Asylsuchende und vor allem die Gewalt gegen Frauen im privaten Raum, die – noch ein Euphemismus – immer noch als „häusliche Gewalt“ verschleiert wird.

Der Kampf gegen (sexualisierte) Gewalt fängt im Kopf an. Dazu könnte vieles beitragen: Von Gewaltraum statt von Angstraum zu sprechen, die Kirchen aufzufordern, in einer „Kölner Erklärung“ dem 10. Gebot abzuschwören, endlich für die immer noch ausstehende angemessene Finanzierung der autonomen Frauenhäuser für Opfer von „häuslicher Gewalt“ (noch so ein Euphemismus) zu sorgen ... Zweifellos macht die Beschaffenheit mancher öffentlicher Räume eine Gewalttat leichter oder animiert potenzielle Täter sogar. Ob sie aber „die Gelegenheit nutzen“, ist vor allem eine Frage ihres Selbstverständnisses, „das Recht“ dazu zu haben.

Ruth Becker war Professorin für „Frauenforschung und Wohnungswesen“ an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund und lebt und arbeitet seit ihrer Pensionierung in Berlin zu unterschiedlichen feministischen Themen.

Lesetipps dazu

Wer mehr als 4 500 Zeichen dazu lesen will:

Ruth Becker

Überwindet die Angsträume – Eine Polemik.

in: Caroline Kramer (Hg) (2002): FREI-Räume und FREI-Zeiten. Schriften des Heidelberger Instituts für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (HIFI) e.V., Baden-Baden, S. 79-89

Ruth Becker

Das Leben im Frauenhaus. Ergebnisse einer Befragung zur Zufriedenheit der Bewohnerinnen der Autonomen Frauenhäuser in NRW. (2013) 72 S. Zu beziehen über LAG Autonome Frauenhäuser NRW.

Wolfram Breger

Gegen die Zusammenpferchung! – Flüchtlingsunterkünfte in Essen

Kein Mensch ist illegal, und jeder Mensch hat ein Anrecht auf menschenwürdiges Wohnen. Die Stadt Essen schert das wenig. Stadtverwaltung und einige der 584.000 Einwohner machen ein Riesengewese um die Unterbringung von 6.400 Flüchtlingen. Die Stadtherren setzen dabei auf ein Kostendenken primitivster Art, die Anderen („Wir sind nicht gegen Ausländer, aber ...“) opponieren in Bürgerversammlungen und mit krass diskriminierenden Aktionen gegen Flüchtlingsheime, merkwürdig toleriert von örtlicher Presse und Politik. Informationen werden der Öffentlichkeit von den Bürokraten großzügig dann und nur partiell gewährt, wenn die Entscheidungen gefallen sind. Ein Bürogebäude in der Klinkestraße zum Beispiel, das zum Wohnheim umgebaut wird, hat die Stadt auf 16 Jahre angemietet; wieso das kostengünstig sei, wollten Teilnehmer einer Bürgerversammlung wissen. „Das werde ich natürlich nicht sagen, da wir unsere Geschäftsunterlagen nicht veröffentlichen“, so der Dezernent Renzel, dessen bis dahin vorgetragene Konzilianz und Gesprächsbereitschaft schnell von ihm abfiel. Die Demokratie-defizite auf kommunaler Ebene sind offenkundig.

Angemietet, umgebaut, Insassen zugewiesen – damit endet die Verantwortlichkeit der Stadtregierung. Alles Weitere liegt beim „Betreiber“ der Einrichtung. In der Unterkunft Klinkestraße sollen ab 1.7.2016 400 Menschen „in familienähnlichen“ Verhältnissen leben, in Selbstversorgung z.B. mit Gemeinschaftsküchen. Es wird Doppelstock-Betten geben, wodurch der Raumbedarf pro Person auf 5 – 6 qm begrenzt sein kann, während die Norm 8 qm beträgt (Renzel in Bergerhausen, 4.3.2016). Die Einrichtung wird rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche betreut. Es liegt auf der Hand, dass diese „Betreuung“ – die ausgeschrieben werden muss – in vordergründig billiger Kontrolle durch Sicherheitspersonal und Videoüberwachung statt in Hilfe durch Fachkräfte der Pädagogik und Sozialarbeit bestehen wird.

Schon im Januar hatte Pro Asyl Essen zusammen mit dem Runden Umwelt-Tisch in einem Offenen Brief an Oberbürgermeister Th. Kufen unter anderem die Über-Dimensionen der Unterbringung in Frage gestellt. In dem Brief heißt es: „Viele kleinere überschaubare Standorte mit einer Größe unter 2 ha sind zu bevorzugen. Die Auswahl von möglichen Standorten war bisher unnötig eingeengt durch die von der Verwaltung geforderte Mindestgröße von 2 ha.“, und: „Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass Flüchtlingsunterkünfte mit mehr als etwa 200 Personen Ghettoisierung fördern.“ Nichtsdestotrotz sind in der bislang nicht aktualisierten Ratsvorlage

von Januar von insgesamt 54 Einrichtungen 16 mit jeweils über 200 Menschen, darunter 4 mit je 800 und 1 mit 700 Personen, ausgewiesen. Das heißt, fast 4.000 Flüchtlinge in Essen werden allein in fünf Großeinrichtungen gesteckt.

Aber auch im „Ghetto“ können die Menschen, wenn man sie lässt und wenn sie es wollen, ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Das „Ghetto“ ist immer auch ein kultureller und sozialer Raum, der Identitäten, in welcher Form auch immer, zulässt. Das ist das, was die Integrationswächter nicht wollen; damit beißt sich die Katze in den Schwanz. Natürlich wird das Leben für die Bewohner mit zunehmender Größenordnung schwieriger, umso mehr bei der unausgewogenen Struktur. Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Männer und diese in der Mehrzahl jüngere: Langeweile, Monotonie und Sexualnot (Kurt Tucholsky über den Strafvollzug um 1930) sind fast unausweichlich. Dafür hat der Sozialdezernent mit seinen Leuten offenbar keinen Blick.

Dr. Wolfram Breger, Sozialwissenschaftler in Essen

... dazu

Etwa 100 NPD-Anhänger (mehr als die in der Presse genannten 80) demonstrierten am Samstag, 2. April, in Essen ihren Fremdenhass und gegen weitere Flüchtlingsunterkünfte. „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“, war eine gern gerufene, wenn auch nicht unbedingt logische Parole auf dem stundenlangen Marsch entlang breiter, im Wesentlichen durch Bürohäuser eingerahmter Straßen. Davon säuberlich getrennt, hatten sich an die 800 Gegendemonstranten, initiiert von dem Bündnis „Essen stellt sich quer“, am Opernhaus versammelt. Der Unterschied war augenfällig: geordnete Viererreihen, darin 6-8 aggressiv aufgemachte dicke Glatzköpfe, die sich uniformähnlich auf ihren Jacken als „Division Wölfe“ bezeichneten, aber auch jüngere Leute, vollkommen durchschnittlich aussehende Frauen, die sich nicht entblödeten, idiotischste Transparente zu tragen, auf der einen, Kunterbuntes von Punkern bis zu gesetzten Bürgerinnen und Bürgern, alle Altersklassen, ohne jede Militanz, dafür mit Musik und manchmal auch Witz auf der anderen Seite. Schwer nervös war die Polizei, die anmaßend und mit Riesenaufgebot, u.a. mit Hundeführern und Reiterstaffel – letztere muss augenscheinlich noch üben – auftrat. Ihre größte Sorge offenbar, dass Gegendemonstranten die Rechten statt dass die Rechten die Gegendemonstranten und die Öffentlichkeit provozierten könnten. Junge Leute, die sich jedenfalls nicht abschrecken ließen, waren im Blickpunkt. Von einem Recht auf Freizügigkeit war keine Rede; die Kronprinzenstraße wurde schlicht auf beiden Seiten abgesperrt und aggressiv bewacht. Das lässt am meisten erstaunen – die Kompetenzen, die sich der Polizeiapparat in den letzten Jahren angeeignet hat, und seine offene Parteinahme für die Rechten. W.B.

Die Stadtmitte: Sie ist von der machtpolitischen Exekutive und der marktwirtschaftlichen Propagandaindustrie in Beschlag genommen. Für eine anonyme und meinungsoffene Kommunikation muss ein öffentlicher Raum neu konstituiert werden. In der Frühzeit der Industrialisierung waren es die Kleingärten, in denen die verbotenen Syndikate geschmiedet wurden; in der Blütezeit waren es die Volksparks, die den unterdrückten Sozialisten ihre Profilierung ermöglichten ... werden in der Spätzeit nun die durch Fahrradwege und Trampelpfade durchkreuzten, von Grillplätzen und Unterständen belebten, frisch bewaldeten Brachen (der Industriewald) die oppositionelle Öffentlichkeit befördern??



Bastian Pütter

Vom Verteilen der Menschen im Raum

Eine kleine Topografie der Stadt von unten

Was früher per definitionem öffentliche Straßen und Plätze waren, zerfällt heute in eine komplexe Struktur öffentlicher, halböffentlicher, teilöffentlicher und privater Räume. Unter dem Vordach des Ladenlokals, in der Mitte der Einkaufsstraße, zwischen den Tischen der Außengastronomie auf dem ehemaligen Marktplatz, in der Halle der Shopping-Mall, die selbst Marktplatz sein will – überall gelten andere Regeln. Der Übergang zwischen den Zonen bleibt nur von denen unbemerkt, die nicht gegen ihre Zugangsvoraussetzungen verstoßen.

Inselwelten

So sitzen die Bettler mit einem Meter Abstand zu den Schaufenstern im Weg, wenn sie die Ladenbetreiber stören, nicht aber das Ordnungsamt. Dadurch, dass sie sitzen, sichern sie sich ab gegen den Vorwurf des – strafbewehrten – „aggressiven Bettelns“. Wer neu hinzukommt, stößt auf eine stabile wie geduldete Struktur aus fest vergebenen Plätzen. Bettler erscheinen in den Augen vieler als Zumutung, die Auflösung der bestehenden – weitgehend friedlichen, überschaubaren, begrenzten – Ordnung wäre ein Problem. Also bleiben die steuernden Eingriffe begrenzt, nur von außen erscheinen sie willkürlich. Carsten^(*) hat lange hier gebettelt und sagt: „Ist doch klar: Wenn hier jetzt jemand neu ‚reindrückt, zwei Großfamilien aus Bulgarien oder so, dann fliegt das hier auseinander. Das weiß das Ordnungsamt auch.“

Man kennt sich. Oft seit Jahren. „Haben ja alle das gleiche Wohnzimmer. Und meist auch das gleiche Esszimmer“, lacht Carsten. Morgens ziehen ganze Gruppen von den Schlafplätzen in der Nordstadt – unter freiem Himmel, in Leerständen, in der Männerübernachtungsstelle, in Wohnungen – zum Gast-Haus an der Rheinischen Straße. „Frühstücksstelle“ nennen viele die ökumenische Einrichtung, die gratis die erste Mahlzeit des Tages ausgibt. Mittags trifft man sich am Nordmarkt, wo die Suppenküche Kana täglich dreihundert Hungerige versorgt, oder in der Drogenhilfeeinrichtung Kick, wo es neben einem Druckraum zum sicheren Konsum auch ein Mittagessen gibt. Davor und danach ist man unterwegs. In der Innenstadt am besten alleine.

Die weiche Ordnung

„Klar kannst du hier sitzen“, sagt Milos^(*) mit Blick auf die neuen Bänke an der Kampstraße – eine fast überraschende Gegenbewegung zum Verschwinden der Sitzmöbel in den Städten. „Es darf halt nicht so aussehen, als würdest du dich häuslich einrichten. Nicht zu lange und besser nicht zusammen mit anderen.“ Der Ermessensspielraum der Streifen der Ordnungspartnerschaften ist immens. Sie entscheiden, ob „eine Zweckentfremdung des Mobiliars“ vorliegt, die Sitzplätze also anders als zum kurzen Verweilen genutzt werden. Milos: „Du kannst auch in der Stadt eine Flasche Bier trinken. Dann musst du aber in Bewegung bleiben. Wenn du dich irgendwo hinsetzt – schlecht. Kann teuer werden, gibt aber auf jeden Fall Stress. Sitzen und trinken dürfen nur bestimm-

te Leute, die mit Geld: an den Tischen vor den Lokalen, bei Festen oder beim Weihnachtsmarkt. Das ist nicht für jeden.“

Später abends, wenn Jugendliche das Straßenbild prägen, sinkt der Kontrolldruck, andererseits steigt das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden. Wer sich hier in Ermangelung eines eigenen Wohnzimmers aufhält, kann in aller Regel von Übergriffen vor allem durch alkoholisierte Jugendliche berichten. Wer kann, bleibt unsichtbar und in Bewegung.

Viele Obdachlose, Junkies und vor allem die Flaschensammler haben diesen Modus perfektioniert. Letztere laufen stundenlang die Kilometer der Haupteinkaufs- und Seitenstraßen ab, in festen Routen. Wer ein Ziel zu haben scheint, fällt nie auf. Der Verdienst ist kläglich und beschränkt sich meist auf wenige Euro pro Tag. Die lukrativeren Bereiche in den U-Bahnstationen sind risikoreich ohne Fahrschein, der private Raum der großen Innenstadt-Shopping-Mall verlangt besonderes Mimikri. Gregor^(*) sagt: „Ich lasse mir eine frische, große Einkaufstüte schenken, von einem Laden am Westenhellweg. Da tue ich meine Jacke rein und gehe in die Thier-Galerie. Dann lassen die mich rein. Weil ich aussehe, als wäre ich shoppen. Nur mit Rucksack – vergiss es.“ Die Shopping-Mall als Sammelort lohne sich: „Nur Plastikflaschen, 25 Cent, kein Glas für 8 Cent.“

Kontrolle heißt heute: Die Verteilung von Menschen im Raum. Auch die Dortmunder Innenstadt besteht aus zunehmend entmischten Konsumzonen, in denen weit in den öffentlichen Raum ragende Außengastronomie Erholung für die Zahlungsfähigen verspricht, während die Parkbank durch bewusst unbequeme Kurzzeit-Sitzgelegenheiten ersetzt wird. Die Aufgabe der Kameras ist nicht in erster Linie zu erfassen, sondern zu sprechen. Sie sagen: „Hier nicht.“ Dass sich Armut breit macht, verhindern abgeschrägte Ebenen, wie zufällig platzierte Betonklötze, malerische Findlinge oder dezente Gitter oder Geländer. Nett sieht das aus und meint: „Bleiben Sie in Bewegung.“ Die Unwirtlichkeit des öffentlichen Raums ersetzt den staatlichen Eingriff, der Platzverweis übersetzt sie für die Begriffsstutzigen.

Kein Ort. Nirgends.

Wie eindeutig die Innenstadt ein Raum für KundInnen ist, zeigt die Anzahl frei zugänglicher und kostenfreier öffentlicher Toiletten: Null. Wollte man die Geschichte positiv erzählen, finge man mit den Begegnungen im Untergeschoss der Stadt- und Landesbibliothek gegenüber dem Dortmunder Hauptbahnhof an. Wer hier die Toiletten aufsuchen möchte, muss zwar an Bibliotheksangestellten und Sicherheitskräften im „Empfangsbereich“ vorbei, merkt aber schnell: Die tun nichts. Nichts, um Menschen, die nicht so aussehen, als wollten sie Bücher ausleihen, vom Betreten des Gebäudes abzuhalten. Die Treppe hinunter finden sich einige der wenigen öffentlich zugänglichen und kostenfreien Toiletten in der Innenstadt.

Wie man hier – in das zur Junkievertreibung neonblaue Licht getauchte – Obdachlose bei der Morgenrasur antrifft, sind auch die Lesesäle erstaunlich offene Räume, in denen



Vor der Thier-Galerie: Nur für Kunden

„Selektive Nicht-Vertreibung“ an der Katharinentreppe:
Die Ausnahme als Regel

Bettler-Kontrolle am Westenhelweg



Menschen ohne Wohnung regnerische Tage mit Zeitungslektüre verbringen. Natürlich ist das nicht vorgesehen, aber eine Logik der flexiblen Grenzen auf der einen und der Mimikri auf der anderen Seite lässt hier ein erstaunlich konfliktfreies Miteinander zu. Eine Ausnahme. Gegenüber, im Hauptbahnhof, kosten die privat betriebenen Toiletten einen ganzen

Euro, die vier selbstreinigenden, ebenfalls privat betriebenen Toiletten-Monolithen im öffentlichen Raum der Innenstadt einen halben. Der Rest sind Kundentoiletten der Kaufhäuser; für diejenigen, die nicht wie Kunden aussehen, endet der Versuch der Nutzung schon am Sicherheitsdienst im Eingangsbereich. Das nächste kostenfreie Toilettenhäuschen im öffentlichen Raum befindet sich – wo sonst – erst am Dortmunder Nordmarkt, im Herzen der Nordstadt.

„Für öffentliche Toiletten zu sorgen, ist keine Pflichtaufgabe der Kommune“, weiß man bei der Stadt. Gleichzeitig werden die Ordnungsgelder für das sogenannte „Wildpinkeln“ dem Bundestrend folgend erhöht. Auch hier selektiv, flexibel und zur Verteilung von Menschen im Raum: Zehntausenden Fußballfans droht an Spieltagen wenig, in die Beratungen der Wohnungslosenhilfe hingegen kommen Menschen mit Bußgeldbescheiden mal über 15, mal über 35 Euro. Können sie nicht bezahlt werden, drohen wie bei den Schwarzfahrdelikten, mit denen es sonst die meisten zu tun haben, Haftstrafen. „Was treibst DU dich auch gerade HIER rum?“ Die als Frage getarnte Feststellung des Ordnungsamtsmitarbeiters beschreibt die Logik der Sanktionierung in der Kontrollgesellschaft.

Sonderzonen

Für das Ausruhen gibt es andere Orte. Im Norden, in Rufweite zur Innenstadt, gelten seit mehr als 100 Jahren andere Regeln. Die innovative Zentralplanung der Nordstadt schuf u.a. mit dem Nordmarkt „öffentliche Wohnzimmer“ für die beengt wohnende Arbeiterbevölkerung. Hier schrieb sich der proletarische Lebensstil mit seinen öffentlichen Lebensvollzügen im Lebensstil der verschiedenen Zuwanderergenerationen fort. An sonnigen Tagen treffen sich bis zu 200 Menschen auf dem Platz: Nachbarn, Familien, und eben auch Trinker, DrogenkonsumentInnen, Wohnungslose. Das ist nicht konfliktfrei und inzwischen so gut es geht gesteuert mit großen Aufgeboten von Ordnungsamt und Polizei. Beide gehen mit dem gesamten ordnungsrechtlichen Arsenal mal gegen Neuzuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, mal gegen DrogenkonsumentInnen, mal gegen die Gruppen von Kleindealern vor, die jeweils mit großer Gelassenheit den Kontrollen und Sanktionierungen begegnen. Alle Versuche beispielsweise, das Stehen bulgarischer Zuwanderer an der Mallinckrodtstraße durch Ordnungsstrafen für „Sondernutzungen“ des öffentlichen Raums zu unterbinden, sind gescheitert. Die Nordstadt, und besonders der Quartier Nordmarkt, bleibt die städtebauliche Sonderzone für die „gefährlichen Klassen“, als das sie einst geplant war. Sie bleibt auch Rückzugsraum für diejenigen, die den öffentlichen Raum der Innenstadt nutzen, um etwas Geld zu verdienen oder die dortigen Hilfseinrichtungen nutzen. Neuankömmlinge in der bulgarischen Community an der Mallinckrodtstraße werden von den Dreierteams des Ordnungsamtes schon einmal angesprochen, wenn sie zu Fuß unterwegs Richtung Innenstadt sind. „Ihr bleibt mal besser hier.“ Deutlicher lässt sich die unsichtbare Zonierung des Stadtraums kaum beschreiben.

(*) Namen geändert

Bastian Pütter, geb. 1975 in Dortmund, ist Journalist und Historiker und leitet die Redaktion des sozialen Straßenmagazins „bodo“. www.bodoev.de
Fotos: Sebastian Sellhorst

Theo Deutinger

Eine Entspannungsgeschichte

Wird gebaut, stehen immer ein paar Menschen am Zaun. Täglich – und schauen oft stundenlang den Arbeitern zu, wie sie für Laien, jedoch nicht für die am Bauzaun stehenden Zuseher, unverständliche Handlungen vollziehen. Hinter dem Zaun entsteht etwas Zukünftiges, etwas, das noch nicht von dieser Welt ist, sondern in seiner Vollkommenheit erst auf dem Plan existiert und mit der Demontage des Bauzauns der Welt vor dem Zaun zugeführt wird.

Jahrzehnte später ist der Bauzaun wieder da. Diesmal stehen nicht neugierige Bewohner da, um durch die Stäbe einen Eindruck des dahinterliegenden Treibens zu bekommen, sondern Künstler, Architekten und Stadtplaner. Hinter dem Zaun beginnt nämlich wiederum eine Welt, die in eine andere Richtung zielt als die Welt vor dem Zaun. Diesmal ist diese Welt hinter dem Zaun nicht geplant; im Gegenteil, sie wuchert. Und je länger sie wuchert, desto weiter entfernt sie sich von der geplanten und geordneten Welt, in der wir leben. Ein faszinierendes Schauspiel.

Das Hallenbad in Marl ist zu einer solchen Welt geworden. Je länger sie besteht, desto extremer wird diese Welt als Fremdkörper innerhalb der geordneten und geplanten Marler Welt erfahren und desto notwendiger erscheint es zu handeln. Der erste Reflex ist es, diese Welt radikal zu kultivieren, also entnaturalisieren, um sie wieder in den geregelten Alltag zu integrieren. Mit dem Schließen des Hallenbads verschwanden nicht nur die Menschen, sondern auch die Öffnungszeiten, die Baderegeln und der Bademeister und das Hallenbad wandelte sich von einem öffentlichen Ort zu einem geschlossenen und subsequent zu einer gefährlichen Wildnis, für die keine Versicherung mehr haften kann. Dass sich die Versicherung, die etwaige Unfälle im und um das Hallenbad gedeckt hätte, zurückgezogen hat, ist schließlich der eigentliche Grund, warum man den Entschluss fasste, das Hallenbad von Marl abzureißen. Das 15-jährige Jubiläum des

Abzugs der öffentlichen Ordnung und mit ihr der gesamten Öffentlichkeit aus dem Hallenbad wurde mit dem Abzug der Versicherung gefeiert. Seitdem ist das Hallenbad in Marl ein Raum, der sich einer der größten Errungenschaften der westlichen Welt entzogen hat. Die Versicherung beschützt nicht nur den Menschen im Gebäude, sondern auch das Gebäude vor dem Menschen. Solange die Prämie gezahlt wird und solange die Prämie einen Gegenwert darstellt, ist das Gebäude erhaltenswert; ganz ohne Denkmalschutz. Die Versicherung ist der Anker, der das Gebäude an die kultivierte Welt bindet. Wird dieser Anker gelichtet, setzt ein rapider Abschied in Richtung Wildnis ein. Das Gebäude wird als unberechenbar eingestuft: Das Schadenspotential, das von diesem Gebäude ausgeht, kann nicht mehr in Zahlen ausgedrückt werden. Fallen Bäume im Stadtpark auf ein Auto, zahlt die Versicherung nicht und auch nicht die Stadt, sondern dies gilt als Elementarschaden.

Fällt ein Teil des Hallenbads auf ein parkendes Auto, zahlt die Versicherung oder eben, wenn nicht mehr versichert, die Stadt. Das Gebäude ist bedrohlicher und unberechenbarer als die gezähmteste Natur.

Das Hallenbad erzählt auch die Geschichte von 50 Jahren Öffentlichkeit. Vor 50 Jahren war es vollkommen klar, dass die Kommune für ein Hallenbad zu sorgen hat, sodass die Menschen dort schwimmen lernen und sich entspannen. Vor allem im Ruhrgebiet war das lichtdurchflutete, saubere Bad als

Gegenpol zur rußigen Enge unter Tage entworfen. Doch der Reichtum der Stadt schwand so schnell wie die Anzahl der Kumpel und der Hallenbadbesucher. Die Öffentlichkeit hat sich aus dem Bad zurückgezogen, hat sich im Allgemeinen aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen und hat sich im virtuellen Raum neuformiert. Das Hallenbad ist das Überbleibsel eines vergangenen sozialen (regionalen) Netzwerks.

Das Hallenbad ist aus einer Zeit, in der soziale Plattformen noch aus Beton gebaut wurden, aus einer vordigitalen Zeit. Heute sind wir leichter, brauchen weniger Material für Treffpunkte, aber doch brauchen wir Geschichten, die darüber berichten, wie es so weit gekommen ist. Das Hallenbad ist als Zeugnis dieser Geschichte ein wichtiger Ort und es wäre schön gewesen, es zu retten und eine neue Funktion zu finden.



Treffpunkte: Keine hundert Meter links von der Tourist-Information hatte sich ein Dealertreff etabliert. Das Gesundheitsamt hatte unmittelbar nebenan im Gebüsch einen lebensrettenden Automaten für Einwegspritzen installieren lassen. Zehn Meter oberhalb stand zweimal die Woche der mit einer Sozialarbeiterin und einer Krankenschwester besetzte Beratungswagen der Caritas auf der Straße. – Dies alles sei zu teuer, so wurde beschlossen und die Ordnungsbehörde angewiesen, das ganze Ensemble in die hinterste Ecke auf den hart betonierten Parkplatz gegenüber dem leergezogenen DGB-Haus zu verlegen.

Vor allem für Marl, einem der radikalsten Orte im Ruhrgebiet. Ein Ort, der Explosionen und Implosionen liebt, ein Ort, der schnelles Freiwerden von Energie dem langsamen Verfall vorzieht. Marl will noch immer brennen und nicht verfaulen. Einen alten Baum kann man verbrennen, das wärmt und sieht fantastisch aus. Diesen Baum kann man aber auch verfaulen lassen, das ist wunderschön, dauert aber eine gefühlte Ewigkeit. Aus diesem Baum kann man aber auch Bretter machen und aus den Brettern ein Haus oder ein Schiff und damit neue Länder entdecken. Nichts ist verloren, solange es nicht als verloren erklärt wird.

Bei den Gebrüdern Grimm waren verfremdete Orte ein Dauerthema. Ein Wald, aus dem man nicht mehr herausfindet, eine unüberwindbare Rosenhecke, ein Turm ohne Eingang. Immer hat man diese Orte mit einer List erschlossen und nie mit kruder Technik. Warum hat denn keiner die Rosenhecke angezündet, eine Leiter bis zu Rapunzels Zimmer gebaut oder den Wald von Hänsel und Gretel abgeholzt? Weil diese Orte in ihrer Geschichtlichkeit und ihrer Magie anerkannt wurden. Nicht die Orte waren das Elendige, sondern die Einsamkeiten, die diese Orte umgaben. Abgesehen von der Funktion geht es vor Allem um die Geschichte, die erzählt wird, wenn über diese Orte in Zukunft gesprochen wird.

Das Ruhrgebiet hat viele Orte wie das Hallenbad in Marl, die auf eine List warten, auf eine findige Geschichte, die diese verwunschenen Orte der Allgemeinheit erklären und damit erschließen kann. Der Abbruch des Hallenbads in Marl ist beschlossene Sache, eine Geschichte geht zu Ende. Nicht jedes Märchen entwickelt den kompletten Erzählstrang und darum geht auch nicht jedes Märchen in die Geschichtsbücher ein. Noch ist nicht alles verloren. Es gibt Ideen, die wenigstens die Erinnerung an das Hallenbad, an diese vordigitale soziale Plattform aufrechterhalten. Martin Kaltwasser zum Beispiel will die Startblöcke des Hallenbads bewahren und im Park aufstellen: „Es sind – Startblöcke. Also verweisen sie auf einen Start, Beginn, Anfang nach dem Abriss. Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Jedes Ende ist ein Beginn und eine neue Chance.“ Eine fantastische Idee. So kann die Geschichte weitererzählt werden. Die Geschichte eines überwucherten Schwimmbeckens, das einst von einem luftigen, flugzeugflügelartigen Dach überdeckt war, ein Ort der neuen Möglichkeiten für die Stadt.

Theo Deutinger (Jg. 1971) ist Architekt und Urbanist. Er verknüpft Architektur und Städtebau mit strategischer Planung und konzeptuellen Denken. Er führt das Büro TD (www.td-architects.eu). Er publiziert regelmäßig in Magazinen wie Mark, Wired und Domus. Bekannt sind seine Abhandlungen über Architektur, Stadt und Gesellschaft: „Audi, Adi, Aldi“, „Firewall“ und „Stadt der Athleten“ sowie 'Help Me I Am Blind' (Hrsg. von ihm gemeinsam mit Heidi Specker). Mit seinen Arbeiten beteiligt in Ausstellungen wie Future Fictions Z33 (Hasselt, 2014), Design Biennale Kwangju (Korea, 2011), 14. Architektur Biennale in Venedig (Italien 2014). Er unterrichtet am Strelka Institut in Moskau, im Bauhaus in Dessau und an der Harvard GSD in Cambridge u.a.

Auswilderung: Zu den großen Ferien werden en masse Haustiere auf die Straße gesetzt. Daraus entwickeln sich rüdische Hunde, trüchtige Katzen, kreischende Papageien und depressive Pferde. Wäre es da, statt dem Phänomen alljährlich hinterherzuhinken, nicht an der Zeit, präventiv eine systematisch geplante Wiederverwilderungskampagne zu starten, um dem übersättigten und verwöhnten Hausgetier den Weg zu den längst in die Stadt zurückgekehrten Füchsen, Greifvögeln und Wildkatzen zu weisen, ihnen also auf natürliche Weise die Chance zu geben, sich in die freiheitliche lokale Population zu integrieren!



AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- ☐ Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
☐ Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an **AMOS**, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

50 Jahre



Peter Hammer Verlag



AMOS gratuliert in alter Verbundenheit. –
 Im nächsten Jahr sind wir auch so weit.

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
 Hervester Str. 2, D-45768 Marl
 Fon: 02365-501671
 E-Mail: huettmann.mar@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
 Schumannstr.6, D-45772 Marl
 Fon: 02365-42076
 E-Mail: dreier.mar@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
 Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Konto: AMOS

IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Herne | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Sebastian Müller und Manfred Walz

Schlussredaktion:

Ute Hüttmann (Textbearbeitung)
 Axel Lippek (Layout)

Titelbild: Manfred Walz

AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Einzelpreis: 4,50 €

Abo-Preis: 18,- € jährlich
 inkl. Versandkosten

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
 45772 Marl
 Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „ilex.de“ (Leipzig).

Manfred Walz / Peter Strege

Menschenorte 30

Autohof im Bachtal?



Es rauscht mal schwach, mal stärker, 24 Stunden am Tag – Brandung? Augen auf über dem Strom: Dampf wummern stark die Lkws, hoch und sirrend: Pkw nach Pkw – mehr als 100.000 am Tag die A 40 OstWest-WestOst und dazu von der Westtangente in alle Richtungen: Autobahnkreuz Bochum-West. Auf einer der Bergeterrassen, vom Podest mit feinem rotem Geländer, geht der Blick in die alte Wattenscheider Verbindungsstraße nach Bochum – abgekappt. Die Straßenbahn steigt hoch übers Kreuz. Im Süden über der A 40 liegt der Kilometer Walzwerk von ThyssenKrupp, im Westen hinter der sechsspurigen A 40 die langen blauen Hallen vom Lebensmittelgroßhändler, der sich vor den Förderturm Carolinenglück gesetzt hat, unten das Regenrückhaltebecken im Kleeblatt, dann die nach dem Brand 2014 gebliebenen weißen Giebel vom Kabeisemannshof an Kabeisemanns Bach, direkt unter der Starkstromtrasse für Krupp. Über dem alten Hof am Bachtal die Häuser der Johannisburger Straße aus den 1950er Jahren. Wir steigen ins Auto und versuchen das Rauschen der A40 in grüner Pyramidenlandschaft hinter uns zu lassen.

Oben in der Siedlung wohnen die Menschen, die sich seit Jahren gegen den zunehmenden Lärm wehren. Das Autobahnkreuz ist gerade fertig, aus geschätzten 35 Mio. € sind wegen der elegant schwingenden sechs Autobriden 90 Mio. € geworden. Jetzt soll das Kreuz noch näher rücken mit einem Autohof im zweiten Autobahnkleeblatt. Investor ist die Eggert Verwaltungsgesellschaft in Elmshorn. 86 Lkw- und 175 Pkw-Stellplätze sind geplant, gut beleuchtet und ab 4 Uhr morgens in Betrieb. Der fertiggestellte Autohof wird dann an die Bochumer BP/Aral verpachtet, schreibt die Lokalpresse. Gerade 100 m Luftlinie entfernt vom ersten Schlafzimmer der Siedler soll die Einfahrtkurve zum Autohof liegen. Norbert Philipp, einer der Bewohner und Sprecher der Initiative, weist darauf hin, dass das Thema der Lkw-Plätze regionale Größe hat. Der Bedarf an Lkw-Plätzen, die die Fahrer für Ruhezeiten brau-

chen, liegt bei 5.000 Plätzen. Das kann nicht punktuell und kleckerweise gelöst werden, es braucht gut und in der Region rücksichtsvoll verteilte Standorte!

Wir stehen hier an einem Zeitschnitt, der Blick zurück fällt auf eine Landschaft, die von eleganten Brückenbögen und Auffahrten überformt worden ist. Dabei bleiben immer Reste, auch von dem, was Natur heißt. Der wievielten, müsste man fragen.

Der alte Kabeisemannshof liegt da, wo Kabeisemanns Bach in den Goldhammer Bach mündet. Hier im Bachtal beginnt der große regionale Grünzug zum Emschertal.

Noch wird vermutet, dass der große Hof aus dem 14. Jahrhundert vielleicht der späteren Stadt Bochum ihren Namen gab. Sein Hofort liegt im Tal dort, wo die Mühle am Bach lag. Genau da soll die neue Einfahrt zum Autohof liegen. Gleich nachdem Denkmalschutz für den Hof ausgesprochen worden war, brannte 2014 das Haupthaus. Dort plant der Eigner, der auch Investor des Autohofs ist, wie zu erfahren war, eine Altenresidenz. Der Autohof wäre also das Schlusstück einer Autolandschaft, geplant in den Zeiten, als der Stahlstadt und für unser Fortkommen ein autogerechtes Umfeld geboten werden sollte. Was bleibt, ist eine kru- de Landschaft der Betonbrücken, der grünen Erdpfymiden und Hochwasserlöcher mit Möglichkeiten für fantasiereiche Investoren bei konsequent den Anwohnern hinterlassenen Problemen.

Heute schauen die Eigenheimer der ehemaligen Bergarbeitersiedlung vom Hügel ihrer Idylle auf die sich ändernde und sie bedrohende Welt hinab. Sie haben graue Gedanken. Früh haben sie sich gewehrt gegen die stärkere Bedrohung ihres Alltags. Gleichzeitig kämpfen sie aber auch für die Landschaft eines Bachtals und sogar für die Geschichte ihrer Stadt, wenn sie die Reste der bäuerlichen Kulturlandschaft mit Hof, Mühle und Tal des Kabeisemanns Bachs vor drohender Zerstörung zu schützen suchen. Warum also nicht den Platz für einen Autohof verwandeln in ein kleine Perle im Emscherlandschaftspark für Bochum? Das Stück Auenwald der großen vorhandenen Bäume am naturnah zurückgebauten Bachtal mit Mühlenstandort gegenüber dem alten weiß leuchtenden Herrenhaus im riesigen Scheunenhof wartet.

Peter Strege, ist u.a. bekennender Industriebrachenstalker (s. auch S. 9)

Manfred Walz, Stadtplaner aus Berlin, ins Ruhrgebiet eingewandert, lernt in der AMOS-Reihe „Menschenorte“ immer wieder „bemerkenswerte Ruhrgebietende“ kennen, Titelfeldner im AMOS.

Ingeborg Poerschke

Dorugu

Eine Geschichte kehrt zurück.

„Könnt Ihr versuchen, Nachfahren von Heinrich Barth zu finden? Ein Enkel soll irgendwann versteckte Aufzeichnungen Barths mitgenommen haben.“ Mit dieser Bitte verabschiedete uns das Regionalmuseum in Zinder, der zweitgrößten Stadt im Osten der Republik Niger vor drei Jahren.

Ausgerechnet Heinrich Barth. Die deutschen Afrikaforscher vorkolonialer Zeit hatten uns bisher wenig interessiert. In Niger aber lernt ihn jedes Schulkind im Geschichtsunterricht, Kapitel „europäische Forschungsreisende“, kennen.

Heinrich Barth, wiewohl ein Wegbereiter der Kolonisatoren, ist im Bewusstsein der Nigrer als der einzige europäische „Afrikaforscher“ jener Zeit verankert, der afrikanischer Kultur und Geschichte Interesse und Respekt entgegenbrachte. Dieses Narrativ gibt ihm in der Stadt Zinder, wo Barth sich einen Monat aufhielt, bis heute Gewicht.

Gehen wir in die Geschichte zurück: Ca. 1840 wird in einem Dorf unweit der Stadt Zinder ein Junge namens Dorugu geboren. 1850, kaum zehnjährig, wird Dorugu verschleppt und versklavt. Ein knappes Jahr später treffen die Afrikaforscher Heinrich Barth und der Geologe Adolf Overweg in der Region Damagaram auf den Knaben. Overweg kauft das Kind von einem arabischen Händler frei. Dorugu dient dem Forscher als Kameljung und aufgrund seiner sprachlichen Begabung als Übersetzer für Hausa.

Nach dem Tod Overwegs nimmt Heinrich Barth ihn in seine Dienste. Dorugu wird Barth bis 1854 auf seiner berühmten Forschungsreise begleiten, die beide bis nach Timbuktu führt.

Barth entschließt sich, den Jungen am Ende der Reise mit nach Europa zu nehmen. Beide treffen 1855 in London ein, wo Barth beginnt, seinen fünfbändigen Forschungsbericht zu verfassen. Dorugu wird in die Obhut des englischen Missionars Schön gegeben, der zu dieser Zeit an einem Wörterbuch und einer Grammatik für Hausa arbeitet. In den folgenden sechs Jahren dient Dorugu dem Missionar als Quelle für Vokabeln und Erzählungen auf Hausa. Die Zeit in Kent nutzt Dorugu aber auch für sich und diktiert der Frau des Missionars seine Reiseerlebnisse und Eindrücke als Afrikaner im viktorianischen England. Am Ende entsteht die „Magana Hausa“, ein Buch, das als Lehrwerk für Hausa dienen sollte. Als Dorugu 1864 seine Reise zurück nach Niger antritt, kommt niemand auf die Idee, dass seine Erzählungen und Reiseeindrücke auch in seiner Heimat auf Interesse stoßen könnten.

Einhundert Jahre später, um 1970, wurden die „Magana Hausa“ vom Linguisten Paul Newman in der Bibliothek von Yale entdeckt und auf Englisch veröffentlicht. Newman, ein weltweit anerkannter Experte für Hausa, erkannte den Wert der autobiographischen Erzählung Dorugus als seltenes historisches und soziologisches Dokument. Aber immer noch

stellte sich niemand die Frage, ob das Buch nicht für Niger genauso wertvoll wäre.

War Dorugus Geschichte in Zinder bekannt? Wurde von ihm gesprochen, wenn auswärtigen Gästen der Stadt vom Aufenthalt Barths in allen Einzelheiten berichtet wurde? Nein!



Mit 350.000 Einwohnern liegt Zinder nahe der Grenzen zum Tschad und zu Nigeria. Der kleine Grenzverkehr nach Nigeria ist die Lebensader der Region. Der Verkauf von geschmuggeltem Benzin ist für viele junge Männer eine der wenigen Verdienstmöglichkeiten. Entsprechend unruhig ist die Stadt.

Zinder ist eine junge Stadt. Trotzdem dominiert die traditionelle Hausa-Kultur hier deutlicher als anderswo den Alltag. Fehlende Perspektiven für die jungen Menschen lassen sich mit Tradition aber nicht kompensieren. In den Stadtvierteln der Armen bekämpfen sich Jugendgangs, Studenten und Schüler tragen ihren

Protest gegen die Regierung nicht selten gewalttätig auf die Straße. Auch Boko Haram rekrutiert hier den einen oder anderen Anhänger.

Die eingangs geschilderte Bitte des Regionalmuseums führte nicht zur Entdeckung verschollener Barth-Dokumente. Stattdessen stießen wir auf ein Stück Regionalgeschichte, identitätsstiftend und aus afrikanischer Perspektive.

Heute liegt Dorugus Geschichte, vom Schriftsteller Moustapha Bello Marka⁽¹⁾ ins moderne Hausa übersetzt, der Stadt vor, als erstes Buch zum Kapitel „Forschungsreisende“ aus nigrischer Perspektive. Die „Histoire de Dorugu – racontée par lui-même“ ist in Niamey im Verlag „Albasa“ zweisprachig erschienen und wird mit der nächsten Curriculumreform auch Teil des Geschichtsunterrichts werden.

Ein kleiner Beitrag zur langen Geschichte der Dekolonisierung Nigers.

⁽¹⁾ Marka betreibt die nigrische Kulturwebsite www.fofomag.com

Ingeborg Poerschke lebt in Bremen und arbeitet als Pädagogin in der beruflichen Weiterbildung. Gemeinsam mit Manfred Weule bildet sie das Kraftzentrum von Mate ni kani e.V. (s. AMOS 1|2016 und www.matenikani.de)

1WURF

Evelyn Hecht-Galinski – 06. April 2016

Pflicht zum Widerspruch

Wie ungehemmt die Hasbara Propaganda in deutschen Medien Platz findet

Diese Lügen in Zeiten der Angst vor Terror sollen ablenken von Besatzung und Vertreibung, von Hetze gegen den Islam unter dem Deckmäntelchen des angeblichen Kampfes gegen den „militanten Islam“. Unglaublich, wie der Ministerpräsident des „Jüdischen Staates“, Netanjahu, es immer wieder schafft, seine unwahren Thesen so gut wie unwidersprochen an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Ob er wohl selbst daran glaubt, was er so an „Lügen in Zeiten des Besatzungsterrors“ von sich gibt? Die Krönung ist nun allerdings sein Interview in der „Springernden Welt“ vom 2. April 2016.⁽¹⁾ Wäre es einen Tag früher erschienen, hätte man es für einen dummen Aprilscherz halten können –, denn die Fragen des Interviewers Gil Yaron klingen so offensichtlich „bestellt“ und kaschieren nicht im mindesten die versuchte Beeinflussung der Leserschaft. Es lohnt sich daher, auf diese Propaganda etwas näher einzugehen.

Netanjahu ist doch tatsächlich der Meinung, ohne den „Jüdischen Staat“ würde sich der IS noch viel weiter ausdehnen. Natürlich will Netanjahu Jordanien und Ägypten im gemeinsamen Kampf gegen IS unterstützen, allerdings nur mit dem „Jüdischen Staat“ als wichtigstem Part dieses Trios.

Ein wahres Trio Infernal!

Netanjahu – und das ist das Schlimmste an diesem Interview und der Politik des „Jüdischen Staates“ – stellt sich dar als Garant gegen ein Zusammenbrechen des Nahen Ostens, der ohne Israel nicht stabil bliebe, und warnt vor den Konsequenzen eines Kollapses, den ganz Europa spüren würde.

So also Netanjahus einfache Logik: Indem sich der „Jüdische Staat“ selbst verteidigt, schützt er zugleich Europa und uns vor den Flüchtlingen, die sonst aus diesen Ländern wegen des IS zu uns strömen würden.

Die möglichen Millionen von Palästinenser, die wegen ihrer unerträglichen Lebensbedingungen unter israelischer Besatzung und der jüdischen Vertreibung ebenfalls nach Europa flüchten könnten, werden totgeschwiegen!

Auch die ewige Hetze gegen Iran, die Hisbollah und Hamas kann man schon nicht mehr hören und für voll nehmen. Dagegen kein Wort über die saudischen Freunde, die Milliarden in Staaten von Syrien bis Libanon pumpen, um ihre anti-schiitische Front zu stärken und ihren Steinzeit-Islam zu verbreiten. All dies kommt dem „Jüdischen Staat“ zupass.

Aber ist es nicht vielmehr so, dass das Netanjahu-Regime einzig und allein in die Richtung zielt: ewige Besatzung, den Golan eingeschlossen, deshalb die Doppelstrategie Kampf gegen die Assad-Regierung, gegen die Hisbollah als deren Unterstützer und die Aufrechterhaltung eines ständigen Bedrohungsszenarios gegen den Iran. Liegt also Netanjahus Interesse nicht vor allen Dingen daran, immer neue Feinde aufzubauen, um sich ungestört als Lichtgestalt des von dunklen Mächten umgebenen kleinen, so friedfertigen „Jüdischen Staates“ zu präsentieren.

Auch das „Weltliche Schmierentheater, das Netanjahu mit dem Erlebnis seines Vaters, eines erbitterten Hardcore-Zionisten, mit dem Israel-Verklärer und gefährlichen Medienpropagandisten Axel Springer abzieht, zeigt nur einmal mehr, wie schrecklich verlogen Zionisten und christliche Zionisten

sind. Da möchte man beide, Netanjahu und Gil Yaron, an die illegale Apartheid-Mauer, die tief durch geraubtes palästinensisches Land führt und Palästina trennt, zerren und fordern: „Kommt endlich den internationalen Verpflichtungen nach! Die Mauer muss weg!“⁽²⁾

Ja, die Berliner Mauer war eine Trennlinie von Freiheit und Unfreiheit, das weiß ich als Berlinerin nur zu gut. Hatte ich doch das Glück, auf der „richtigen“ Berliner Seite leben zu können.

Netanjahu beklagt sich über den UN-Menschenrechtsrat, der angeblich die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ an den Pranger stellt, und findet offene Ohren bei der „Springernden Welt“. Deren Wahrheiten und die der jüdischen Besatzer gleichen sich in ihrer gefährlichen Propaganda.

Netanjahu schämt sich nicht, das Thema Menschenrechte sofort in Richtung des militanten Islamismus zu lenken, der angeblich die Welt erobern und „sein“ Land zerstören will.

„Sein“ Land allerdings wird allein durch die jüdische Besatzung zerstört – dieser fatale „judaistische“ Alleinanspruch auf ganz Palästina, einhergehend mit der Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat und der fortschreitenden Siedlungspolitik.

Aber laut Netanjahu ist das natürlich nicht der Kern des Problems, es sei die grundsätzlich fehlende Bereitschaft der Palästinenser, einen „Jüdischen Staat“ anzuerkennen! Nur, in welchen Grenzen? Sollten die Palästinenser dieses (unverschämte!) Verlangen nicht akzeptieren, so lange haben sie auch nichts zu erwarten, so einfach ist das in der Netanjahu-Logik.

Hoppla, Herr Ministerpräsident, einen „Jüdischen Staat“ ohne Grenzen, damit dieser grenzenlos zionistisch siedeln und expandieren kann?

Israel ist ein international anerkannter Staat, allerdings nur in den Grenzen von 1967, aber davon wollen die zionistischen Expandeure natürlich nichts hören, geht so doch ihre ganze Taktik verloren!

Haben die Palästinenser, die PLO insgesamt, inklusive der Hamas, Israel nicht längst anerkannt? Was soll also die neue unannehmbare Forderung, als „Jüdischer Staat“ anerkannt zu werden?

Da fragt man sich natürlich grundsätzlich, warum würde Palästinenserpräsident Abbas sofort wieder einsteigen in sogenannte Friedensverhandlungen, die schon seit vielen Jahrzehnten nichts brachten und niemals etwas bringen werden. Denn ich kann es immer wieder nur wiederholen: „Israel will alles, nur keinen Frieden.“⁽³⁾

Zwei Partner, die sich im finanziell abgesicherten Status Quo eingerichtet haben.

So wird es auch weder eine Einstaat-, noch eine Zweistaatenlösung geben, weil diese überhaupt nicht angestrebt wird, sondern die Judaisierung ganz Palästinas, welches das Endziel des Netanjahu-Regimes ist.⁽⁴⁾

Schwülstig sieht sich Netanjahu als eine Insel des Friedens, des Fortschrittes und der Demokratie, in einem Meer der totalitären Regime gegen einen radikalen Islam.

Tatsächlich hat sich der „Jüdische Staat“ ein Besatzer-Re-

fugium geschaffen, in einer jüdischen Seligkeit, die allerdings nur jüdische Unterstützer selig macht. Palästinenser, Kritiker, auch jüdische, ausgeschlossen. Der Fortschritt betrifft nur jüdische Viertel und Technologien wie Rüstungsgüter und die Demokratie ist eine Ethnokratie nur für „gute“ Juden!

Folgen wir Netanjahus gefährlicher Theorie, dass nur diese „einzige Kraft“ dem radikalen Islam die Stirn bieten kann, so sollte man sich allerdings die Frage stellen, wodurch der „radikale“ Islam entstanden ist. War nicht einer der Hauptgründe, also die Wurzel allen Übels, die Gründung des „Jüdischen Staates“ auf Kosten der vertriebenen Palästinenser?

Lassen sich diese international geächteten Völker- und Menschenrechtsverbrechen durch durchsichtige Ablenkungsmanöver verdrängen? Mitnichten, denn diese bis heute relevanten Zustände der durch die Nakba vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern im Ausland lassen sich nicht verdrängen.

So ist es natürlich auch ein böser Witz, wenn sich Netanjahu damit brüstet, dass Vertreter der deutschen Regierung

Erich Fried

Palästinensische Flüchtlinge

Im großen Lager bei Gaza
die alten Männer
die ihre Füße
nicht mehr heben beim Gehen
und die Frauen
mit ihrer ewigen Sorge:
Wie führt man einen Haushalt
in solchen Quartieren?
Und die Kinder
mager und altklug
und auch wenn sie lachen
unsicher und
immer bereit zu fliehen

So sahen Juden aus
im Warschauer Ghetto
und in den Lagern
Aber die jungen Sabras
haben die alten Bilder
kaum mehr gesehen.
Ist das ihr Glück
oder ist das ihr Unglück?

kamen, um vom jüdischen Besatzer-Regime durch Erfahrungen großer Einwanderungsströme zu lernen.

Was sind denn das für Einwanderer, Juden, die „heim ins Reich“ geholt wurden, einem Reich, das sich als jüdisches Besatzer-Regime bis heute weigert, mit den rechtmäßigen Ureinwohnern, den Palästinensern, gerecht zu teilen. Im Gegenteil, ihnen ihr legales Rückkehrrecht verweigert mit Duldung der internationalen Wertehuchler. In der Tat, im Umgang mit (nicht jüdischen!) Flüchtlingen und Asylbewerbern kennen sich die „jüdischen Ethiker“ aus, wie man sie schnell los wird,

einsperrt, Asylanträge nicht anerkennt oder freiwillig oder unfreiwillig abschiebt.

Wenn also Netanjahu von Sprachenschulen, Integration und Vermittlung gesellschaftlicher Werte spricht, dann kennen wir diese „Werte“ nur zur Genüge, die Vermittlung der zionistischen Hasbara Propaganda, die den jüdischen Anspruch auf Palästina zementiert. Wo es eben dank geschaffener Tatsachen, durch die Vorarbeit der ethnischen Säuberung Palästinas, gar keinen Staat mehr neben dem Jüdischen für die Palästinenser geben kann. So wurden viele der jüdi-

schen Einwanderer in den „Arbeitsmarkt“ der illegalen jüdischen Siedlungen gebracht und über illegale jüdische Siedlungen im ganzen Land verteilt.

Vom „Jüdischen Staat“ lernen heißt, das Judentum, die jüdische Bevölkerung über alles zu stellen. Ist das die Flüchtlingspolitik, die sich die Merkel-Regierung als Vorbild nehmen will?

Inzwischen zeigt sich allerdings immer mehr die Perversität der deutschen Flüchtlingspolitik, Merkel-Deutschland sind die Guten, während sich unsere Helfer die Hände schmutzig machen, um die unseren sauber zu halten. Das ist „Merkel Machiavelli“ pur!⁽⁵⁾

Daher hält Netanjahu auch daran fest, dass es nach dem „exzellenten“ Treffen mit Merkel zu keinen „Missverständnissen“ kam, da er an seinem Plan, der Farce eines entmilitarisierten Palästinenserstaats, festhält, und die „Welt“-Leserschaft ungebremst mit Propaganda abfüttert wie dem „tausendfachen“ Hass, der in palästinensischen Schulen, Kindergärten und Moscheen ausgesprochen würde.

Ja, mit Hasspredigten und Gehirnwäsche kennt sich Netanjahu und sein Regime bestens aus, denn schließlich trifft all das auf die Erziehung der Kinder im „Jüdischen Staat“ zu. Die von klein auf lernen, dass es kein Palästina und keine Palästinenser gibt, sondern nur gefährliche Araber!⁽⁶⁾

Fazit:

So lange die heuchlerische Wertegemeinschaft USA, Europa und speziell Deutschland eine Politik unterstützen, die es dem „Jüdischen Staat“ ermöglicht, in seinem gefährlichen Expansionsstreben und als eine auch für die Weltpolitik gefährliche Nuklearmacht weiterzumachen, so lange wird es keinen Frieden in Palästina und im ganzen Nahen Osten geben.

Trübe Aussichten in der Welt und für die Welt!

So bleibt uns nur die Pflicht zum Widerspruch.

(1) <http://www.welt.de/politik/ausland/article153916068/Israel-ist-Europas-wichtigste-Verteidigungslinie.html>

(2) <http://bds-kampagne.de/2004/07/09/gutachten-des-internationalen-gerichtshof-igh/>

(3) <http://www.handelsblatt.com/politik/international/nahostkonflikt-abbas-will-wiederaufnahme-der-friedensgespraeche/13389032.html>

(4) <https://de.qantara.de/inhalt/interview-mit-dem-israelischen-historiker-ilan-pappe-weder-ein-noch-zwei-staaten-loesung>

(5) <http://www.zeit.de/2016/15/fluechtlingspolitik-deutschland-angela-merkel-europa-humanitaet>

(6) <https://theuglytruth.wordpress.com/2015/09/08/new-hasbara-booklet-for-kids-theres-no-such-thing-as-palestine/>

Evelyn Hecht-Galinski ist u.a. Gründerin des deutschen Vereins „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (JS) – im Kontext mit der Organisation „European Jews for a Just Peace (EJJP) und engagiert sich als Publizistin unermüdlich zur deutschen und israelischen und palästinensischen Geschichte und Politik.

Lesetipps dazu

zu Evelyn Hecht-Galinski

- ihr Blog: [sicht-vom-hochblauen](http://sicht-vom-hochblauen.de)
- https://de.wikipedia.org/wiki/Evelyn_Hecht-Galinski
- www.juedische-stimme.de

aktuelle Informationen siehe u.a. laufend unter

- www.palaestina-portal.eu
- www.palaestina.org (Diplomatische Vertretung Palästinas in Deutschland)